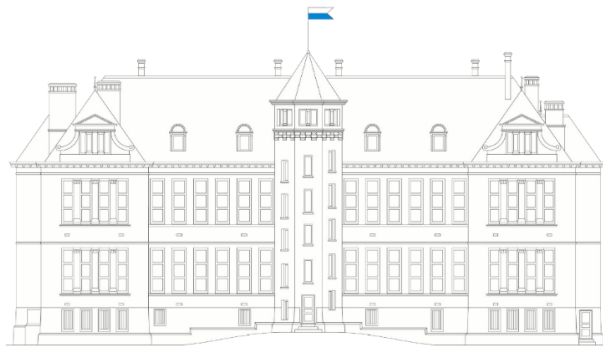


# EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern  
bei der Europäischen Union  
in Brüssel**



## EDITORIAL

*Liebe europapolitisch Interessierte,*

in der vergangenen Woche war ich zu politischen Gesprächen in Brüssel.

Im Fokus meiner Agenda standen klar die durch Russlands Angriffskrieg auf die Ukraine ausgelösten energiepolitischen Fragestellungen. Beim Parlamentarischen Abend am 12.10.2022, der in Kooperation mit der Vereinigung der bayerischen Wirtschaft e.V. (vbw), in der Bayerischen Vertretung stattfand, wurden intensiv die aktuellen Herausforderungen diskutiert, denen sich Handwerk und Wirtschaft derzeit stellen müssen. Die Teilnehmer waren sich einig, dass die betroffenen Unternehmen Planungssicherheit brauchen, was Maßnahmen zur Senkung der Energiekosten angeht. Für mich ist klar, dass wir uns als Bayerische Staatsregierung auf allen politischen Ebenen für die Entlastung unserer heimischen Wirtschaft, auch der kleineren Handwerksbetriebe oder familiengeführten Mittelständler einsetzen.



*Für alle Teilnehmenden war vor allem die aktuelle und zukünftige Energieversorgung ein wichtiges Thema (v.l.n.r.): Christine Völzow, Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V., Konrad Ammon, Landesinnungsverband für das bayerische Fleischerhandwerk, Staatsministerin Melanie Huml und Prof. Dr. Angelika Niebler, MdEP. © Dani Oshi*

Die aktuelle Energiekrise zeigt, wie wichtig ein europäischer Wasserstoffbinnenmarkt ist. Ich habe bei



*Für die musikalische Untermalung des Abends sorgten die „Heufelder Musikanten“ aus Bayern. © Dani Oshi*

Gesprächen mit Vertretern der Europäischen Kommission und Energieversorgern klargemacht, dass wir schnell pragmatische und umsetzbare Regelungen für den Aufbau der Wasserstoffwirtschaft finden müssen. Freier und fairer Wettbewerb ohne Blockaden muss gewährleistet sein. Daher werden wir in Kürze einen Workshop mit den wichtigsten Playern in Brüssel veranstalten, um Verbesserungsvorschläge zum Kommissionsvorschlag zu formulieren.



Im Rahmen der Plenarversammlung des Ausschusses der Regionen (AdR) wurden in Anwesenheit mehrerer EU-Kommissare insgesamt 15 Stellungnahmen und eine Entschließung zur Lage der Regionen und Städte in der EU gefasst, in denen sich bedeutsame bayerische Positionen wiederfinden. Schwerpunktbereiche der Versammlung waren Energie-, Verkehrs- und Umweltthemen. Ich habe mich zudem persönlich in die Debatte zur Zukunft Europas eingebracht: jetzt ist es entscheidend die Vorschläge aus der Konferenz anzupacken, die direkt umgesetzt werden können. Wir können es uns in Kriegs- und Krisenzeiten nicht leisten, langwierige Vertragsverhandlungen zu beginnen.



Staatsministerin Melanie Huml bei ihrem Redebeitrag im Rahmen der AdR-Debatte zur Zukunft Europas. © AdR

Eine weitere Herausforderung, die Gesellschaft und Politik schon lange beschäftigt und nicht an Dringlichkeit und Bedeutung eingebüßt hat, ist der Kampf gegen den Krebs. Zu diesem Thema hatte ich am Mittag des 12.10.2022 zu einer Veranstaltung in die Bayerische Vertretung eingeladen, um auf die Bedeutung der Krebsforschung abzustellen. Auf europäischer Ebene hat die EU-Kommission bereits Anfang 2021 den Europäischen Plan zur Krebsbekämpfung auf den Weg gebracht, mit dem auf vielen Ebenen die Krebsbekämpfung forciert wird. Die Europäische Union stellt rund 4 Mrd. € bereit, um mit der „Mission Krebs“ bis zum Jahr 2030 drei Millionen Leben zu retten und Krebspatienten ein längeres und besseres Leben zu ermöglichen. Ein bayerisches Musterbeispiel für Kooperation im Kampf gegen die Krankheit ist das Bayerische Zentrum für Krebsforschung (BZKF) – ein einzigartiger Zusammenschluss aller sechs bayerischen Universitätskliniken. Damit bündeln wir die Expertise und Infrastrukturen bei Forschung und Behandlung.

Nehmen wir gemeinsam die großen Herausforderungen unserer Zeit an, mit dem Willen zur Innovation und Gerechtigkeit,

*Ihre Melanie Huml*



EDITORIAL .....	2
<b>POLITISCHE SCHWERPUNKTE, INSTITUTIONELLES UND MEDIEN.....</b>	<b>9</b>
RATSPRÄSIDENTSCHAFT.....	9
Informeller EU-Gipfel in Prag und erstes Treffen der Europäischen Politischen Gemeinschaft (EPG).....	9
Achstes Sanktionspaket gegenüber Russland beschlossen.....	10
EUROPÄISCHES PARLAMENT .....	11
Plenarwoche vom 03.10.2022 - 06.10.2022: Energie, Ukraine, Ladekabel, Gesundheit, Ungarn, Luftverkehr .....	11
AUSSCHUSS DER REGIONEN.....	12
151. Plenarversammlung nimmt Lage der Regionen und Städte sowie Kohäsionspolitik in den Blick.....	12
INSTITUTIONELLES.....	13
Kommission legt Mitteilung über die Erweiterungspolitik der EU vor .....	13
<b>STAATSMINISTERIUM DES INNERN, FÜR SPORT UND INTEGRATION .....</b>	<b>15</b>
SICHERHEIT .....	15
Frontex: Europaabgeordnete gegen Entlastung für 2020 .....	15
Rat nimmt Beschluss über die Unterzeichnung einer Vereinbarung über die Zusammenarbeit von Frontex und Nordmazedonien beim Grenzmanagement an .....	15
Polizeiliche Zusammenarbeit: Abgeordnete billigen Entwurf für Regeln zum grenzüberschreitenden Austausch von Informationen .....	15
CYBERSICHERHEIT.....	16
Europäischer Monat der Cybersicherheit .....	16
FREIZÜGIGKEIT .....	16
Rat einigt sich auf Verhandlungsmandat über Nichtanerkennung russischer Reisedokumente .....	16
Kommission aktualisiert Leitlinien für die Bearbeitung von Visaanträgen russischer Staatsbürger.....	17
ASYL & MIGRATION.....	17
Kommission legt Bilanz der Asyl- und Migrationspolitik vor .....	17
Kommission fordert Deutschland zur Einhaltung der Rückführungsrichtlinie auf.....	18
DATENSCHUTZ.....	18
Kommission begrüßt US-Erlass für neuen transatlantischen Datenschutzrahmen .....	18
KOMMUNALES.....	19
20. Europäische Woche der Regionen und Städte .....	19
<b>STAATSMINISTERIUM FÜR WOHNEN, BAU UND VERKEHR .....</b>	<b>20</b>
UKRAINE/EU.....	20
EU unterstützt Ausschluss Russlands aus der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation (ICAO) .....	20
CINEA erhält 63 Projektvorschläge zur Förderung der militärischen Mobilität .....	20



BAUEN UND WOHNEN.....	20
Europäisches Parlament fasst Entschließung zum Neuen Europäischen Bauhaus .....	20
Kommission startet Projektaufruf i.H.v. 50 Mio. € zum Neuen Europäischen Bauhaus .....	21
Europäisches Parlament und Rat erzielen politische Einigung zur EU-Normungsstrategie .....	21
Eurostat veröffentlicht Zahlen zu den Hauspreisen für zweites Quartal 2022 .....	22
VERKEHRSPOLITIK .....	22
Kommission ruft zur Wettbewerbsteilnahme für die EU-Mobilitätspreise auf.....	22
LUFTVERKEHR .....	22
Europäisches Parlament und Rat einigen sich zur Zeitnischenregelung auf Flughäfen .....	22
STRAßENVERKEHR.....	23
Kommission leitet Vertragsverletzungsverfahren u. a. gegen Deutschland zur elektronischen Maut ein	23
STAATSMINISTERIUM DER JUSTIZ.....	24
Überlegungen zur Zuständigkeitserweiterung der Europäischen Staatsanwaltschaft auf Sanktionsverstöße .....	24
Rat der Justizministerinnen und Justizminister in Luxemburg .....	24
Achtes Sanktionspaket gegenüber Russland beschlossen.....	25
Kommission begrüßt US-Erlass für neuen transatlantischen Datenschutzrahmen .....	25
Ausschuss des Europäischen Parlaments positioniert sich zur Einrichtung einer Plattform für gemeinsame Ermittlungsgruppen.....	25
EuGH urteilt zu Ausgleichsanspruch für Fluggäste bei verspätetem Anschlussflug.....	26
STAATSMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT UND KULTUS .....	27
Kommission präsentiert Vorschlag für ein „Europäisches Jahr der Kompetenzen 2023“ .....	27
STAATSMINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST .....	28
KULTUR.....	28
Mobilitätsprogramm „Culture Moves Europe“ gestartet.....	28
FORSCHUNG/HOCHSCHULEN.....	28
Kommission legt Vorschlag für Europäisches Jahr der Kompetenzen 2023 vor .....	28
Deep-Tech-Initiative des EIT soll eine Millionen Talente qualifizieren .....	29
Leibniz-Rechenzentrum in Garching einer von sechs europäischen Quantencomputern .....	29
EIT Awards 2022: zwei Gewinner aus Bayern .....	29
STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN UND FÜR HEIMAT .....	31
Euro-Gruppe am 03.10.2022: u. a. makroökonomische Lage im Euroraum und digitaler Euro .....	31
ECOFIN-Sitzung am 04.10.2022: u. a. Energiepreise und REPowerEU .....	31
WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION.....	32
ECON-Ausschuss am 29.09.2022: Aussprache mit <i>Fabio Panetta</i> zum digitalen Euro .....	32



<i>Christophe Frankel</i> als Interimsgeschäftsführer des ESM .....	33
EU-HAUSHALT .....	33
BUDG-Ausschuss: u. a. EU-Haushalt 2023 .....	33
Jährliche EU-Haushaltskonferenz 2022 .....	33
STEUERN.....	34
Studie der europäischen Steuerbeobachtungsstelle zur modernen Übergewinnsteuer .....	34
Vertragsverletzungsverfahren: Methode zur Berechnung bestimmter Entgeltersatz- und Arbeitslosenleistungen.....	34
Studie der Bocconi Universität zum US-Gesetz FATCA .....	34
Besteuerung von Kryptovermögenswerten und Nutzung der Blockchain für eine bessere Steuererhebung .....	35
EuGH: Im Rahmen eines Unterbeteiligungsvertrags sind erbrachte Finanzdienstleistungen von der Mehrwertsteuer befreit.....	35
Europäisches Parlament billigt digitales Instrument zur Rationalisierung der Handelsströme im Zollwesen.....	36
<b>STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, LANDESENTWICKLUNG UND ENERGIE ...</b>	<b>37</b>
WIRTSCHAFT MIT BINNENMARKT UND INDUSTRIE .....	37
Russland-Ukraine-Konflikt: Europäisches Parlament und Rat nehmen FAST-CARE an .....	37
Einheitliche Ladegeräte für Mobiltelefone und Tablets: Europäisches Parlament nimmt politische Einigung formell an .....	37
Europäisches Parlament und Rat erzielen politische Einigung zur EU-Normungsstrategie .....	38
Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe: EP-Ausschuss legt Position fest .....	38
Staatliche Beihilfen: Kommission konsultiert Mitgliedstaaten zur Verlängerung und Änderung des Befristeten Krisenrahmens .....	38
Kartellrecht: Kommission nimmt eine flexiblere Bekanntmachung über informelle Beratung an und zieht befristeten COVID-19-Rahmen zurück .....	39
TECHNOLOGIE UND INNOVATION .....	39
Innovationspreis des Europäischen Instituts für Innovation und Technologie (EIT): zwei Gewinner aus Bayern.....	39
AUßENWIRTSCHAFT.....	40
Achstes Sanktionspaket gegenüber Russland beschlossen.....	40
Handel: EP-Ausschuss legt Standpunkt zum Instrumentarium zur Bekämpfung von Zwangsmaßnahmen aus Drittstaaten fest.....	40
EU-Norwegen: Gemeinsame Erklärung zur Bewältigung der Energiekrise .....	41
Außenhandel: Kommission veröffentlicht Bericht zur Umsetzung von Handelsabkommen .....	41
ENERGIE .....	42
Hohe Energiepreise: Rat nimmt Verordnung über Notfallmaßnahmen an.....	42





REPowerEU: Rat erzielt Allgemeine Ausrichtung zur Integration von RePowerEU in die Aufbau- und Resilienzfazilität .....	42
Hohe Energiepreise: Informelles Treffen der Energieminister .....	42
Hohe Energiepreise: Informelle Tagung des Europäischen Rates .....	43
Hohe Energiepreise: Entschließung des Europäischen Parlaments .....	43
Neue Allianz der Photovoltaik-Industrie.....	43
<b>STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ .....</b>	<b>45</b>
UMWELT .....	45
Kommission startet Projektauftrag i.H.v. 50 Mio. € zum Neuen Europäischen Bauhaus .....	45
Europäische Bürgerinitiative „Bienen und Bauern retten!“ erreicht erforderliche Unterstützungen .....	45
Europäische Umweltagentur veröffentlicht Studie zur städtischen Nachhaltigkeit.....	46
Konsultation zur Bewertung der EU-Vorschriften über Elektro- und Elektronik-Altgeräte .....	46
Europäisches Parlament: Illegaler Handel mit Wildtieren muss bis 2025 beendet werden .....	47
Europäisches Parlament bekräftigt das Recht auf sauberes Trinkwasser als Menschenrecht .....	47
Umweltausschuss des Europäischen Parlaments fordert Erhöhung der Klimaziele.....	48
EU-Mission zur Anpassung an den Klimawandel: 100 weitere Regionen und Kommunen sind beigetreten .....	48
VERBRAUCHERSCHUTZ .....	49
Konsultation zu Nitrosaminen in Lebensmitteln .....	49
Konsultation zur Novellierung der EU-Vorschriften für Lebensmittelkontaktmaterialien .....	49
Kommission veröffentlicht Eignungsprüfung der EU-Tierschutzvorschriften .....	49
Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit meldet höchste Vogelgrippe-Fallzahlen .....	50
Konsultation zum Richtlinienvorschlag für einen verbesserten Schutz der Arbeitnehmer vor Asbest.....	51
Europäisches Parlament bestätigt politische Einigung für strengere Grenzwerte von persistenten organischen Schadstoffen in Abfällen .....	51
EuGH urteilt zu Ausgleichsanspruch für Fluggäste bei verspätetem Anschlussflug.....	52
<b>STAATSMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN .....</b>	<b>53</b>
Kommission veröffentlicht Bericht über Handelsbilanz des Agrar- und Lebensmittelhandels (6/2022)....	53
Kommission gibt Ausblick auf Agrarmärkte .....	53
Start des EU-GAP-Netzes .....	54
Europäisches Parlament: Aussprache zur Notwendigkeit einer EU-Strategie für Düngemittel .....	55
Europäisches Parlament nimmt Trilog zur Agrarstatistik an.....	56
Kommission veröffentlicht Konsultation zu Durchführungsverordnung über Aufzeichnungspflicht von Pflanzenschutzmitteln.....	56
Europäische Bürgerinitiative „Bienen und Bauern retten!“ erreicht erforderliche Unterstützungen .....	57
Kommission möchte rescEU-Flotte verstärken .....	57



STAATSMINISTERIUM FÜR FAMILIE, ARBEIT UND SOZIALES.....	58
Kommission präsentiert Vorschlag für ein „Europäisches Jahr der Kompetenzen 2023“ .....	58
Pilotprojekt: Kommission öffnet Talentpool für ukrainische Flüchtlinge .....	58
Jugendaktionsplan für auswärtiges Handeln: EU will weltweit Teilhabe junger Menschen fördern.....	59
Rat gibt grünes Licht für die Richtlinie über angemessene Mindestlöhne in der EU .....	59
EuGH urteilt zu Regel, die das Tragen religiöser, weltanschaulicher oder spiritueller Zeichen verbietet. 59	
Deep-Tech-Initiative will eine Million Talente qualifizieren .....	60
Herbstrunde von DiscoverEU gestartet: 35.000 junge Menschen erhalten einen Travel-Pass .....	60
Bekämpfung von Armut und Diskriminierung der ethnischen Minderheit der Roma.....	60
EU-Bürger sind sich einig, dass ein gerechter ökologischer Übergang entscheidend ist.....	61
Bericht über die Auswirkungen der Pandemie auf die psychische Gesundheit junger Menschen .....	61
Kommission unterstützt die Mitgliedstaaten bei der Förderung der Geschlechtergleichstellung .....	61
STAATSMINISTERIUM FÜR GESUNDHEIT UND PFLEGE .....	62
Welttag für psychische Gesundheit: Erklärung von Kommissarin <i>Stella Kyriakides</i> .....	62
Gesundheitsunion: EU soll Gesundheitskrisen besser in den Griff bekommen .....	62
GD SANTE mit neuer Struktur .....	62
Weltherztag: Erklärung von Kommissarin <i>Stella Kyriakides</i> .....	63
World Health Summit: 16.10.2022 – 18.10.2022 in Berlin .....	63
STAATSMINISTERIUM FÜR DIGITALES .....	64
Leibniz-Rechenzentrum in Garching einer von sechs europäischen Quantencomputern .....	64
Einheitliche Ladegeräte für Mobiltelefone und Tablets: Europäisches Parlament nimmt politische Einigung formell an .....	64
Rat verabschiedet final das Gesetz über digitale Dienste.....	64
Zehnte EU Code Week gestartet.....	65





## POLITISCHE SCHWERPUNKTE, INSTITUTIONELLES UND MEDIEN

### RATSPRÄSIDENTSCHAFT

#### Informeller EU-Gipfel in Prag und erstes Treffen der Europäischen Politischen Gemeinschaft (EPG)

Am 07.10.2022 kamen die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten zu einem informellen Treffen in Prag zusammen. Folgende drei Themen standen im Fokus: Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine, die aktuelle Energiekrise sowie die aktuelle wirtschaftliche Situation. Die Teilnehmer tauschten sich darüber aus, auf welche Weise man die Unterstützung der Ukraine in wirtschaftlicher, militärischer, finanzieller und politischer Hinsicht fortsetzen könne. Kommissionpräsidentin *von der Leyen* erörterte den Sachstand bzgl. der als Reaktion auf den russischen Angriffskrieg ergriffenen Maßnahmen. Ein weiteres Thema war die Frage, wie kritische Infrastrukturen in der EU bestmöglich geschützt werden können. Im Mittelpunkt der energie- und wirtschaftspolitischen Diskussion stand die Frage, wie eine Versorgungssicherheit und dies zu erschwinglichen Preisen für Haushalte und Unternehmen sichergestellt werden kann. Einigkeit bestand darin, dass Maßnahmen zur Abfederung der hohen Energiepreise ausgewogen gestaltet werden sollen – es gelte, die schwächsten Verbraucher zu schützen und gleichzeitig Beschäftigung und Wachstum in der EU anzukurbeln. Die Teilnehmer zeigten sich einig, dass sich die Mitgliedstaaten bei wirtschaftsbezogenen Maßnahmen eng abstimmen sollten. Deutschland wurde erneut für das kürzlich beschlossene Entlastungspaket, die Gaspreisbremse, von einigen Mitgliedstaaten stark kritisiert. Wie bereits angekündigt, wurde das Treffen nicht mit gemeinsamen Schlussfolgerungen beendet.

Am Vortag (06.10.2022) hatte ebenfalls in Prag auf Initiative des französischen Präsidenten *Macron* das erste Treffen der Europäischen Politischen Gemeinschaft (EPG) stattgefunden (intergouvernementales Format, 44 teilnehmende Staaten). Die Teilnehmer haben sich zu den Themen „Frieden und Sicherheit“ sowie „Energie, Klima und wirtschaftliche Situation“ besprochen. Am Rande des Treffens bot sich die Gelegenheit für Gespräche, u. a. zwischen dem Vertreter Armeniens und Aserbaidschans auf Einladung des Präsidenten des Europäischen Rates und des französischen Präsidenten. Die beiden Staaten bekannten sich jeweils zur UN-Charter und zur Alma Ata-Erklärung von 1991, letztlich gleichbedeutend mit einer gegenseitigen Anerkennung der territorialen Integrität und Souveränität. Es wurde vereinbart, dass eine zweimonatige zivile EU-Mission an der gemeinsamen Grenze beider Staaten noch im Oktober ihre Arbeit aufnehmen kann, um die Beilegung des Grenzkonflikts zu unterstützen. Wie bereits angekündigt, wurde das Treffen nicht mit einer Abschlusserklärung o.ä. beendet.

Der nächste reguläre Europäische Rat findet am 20./21.10.2022 in Brüssel statt. Neben den Themen Ukraine / Energie / Wirtschaft werden nach aktuellen Informationen auch die EU-Außenbeziehungen auf der Tagesordnung stehen. Das zweite Treffen der EPG soll von der Republik Moldau organisiert werden (ggf. im Frühjahr 2023). Im Anschluss daran wurden Spanien und das Vereinigte Königreich als Gastgeber festgelegt. Die Treffen sollen von nun an zweimal jährlich stattfinden.



[Ausführungen von EU-Ratspräsident \*Charles Michel\* zum informellen Treffen der Staats- und Regierungschefs](#) (in englischer / französischer Sprache)  
[Bericht des Europäischen Rates zum Treffen der EPG](#) (in englischer Sprache)  
[Pressemitteilung des Europäischen Rates zum Treffen Aserbaidschans and Armeniens](#) (in englischer Sprache)

### **Achtes Sanktionspaket gegenüber Russland beschlossen**

Am 06.10.2022 hat der Rat das achte Sanktionspaket gegenüber Russland beschlossen (EB 15/22 zum entsprechenden Kommissionsvorschlag). Die Maßnahmen betreffen drei Bereiche: Der erste Bereich betrifft neue Einträge in die Sanktionsliste. 30 Einzelpersonen und 7 Einheiten wurden hinzugefügt. Nunmehr werden von den Sanktionen 1.236 Einzelpersonen und 115 Einheiten umfasst. Die Listung hat folgende Konsequenzen: Das Vermögen wird eingefroren, EU-Bürgern und Unternehmen wird verboten, den geleisteten Personen / Einheiten finanzielle Unterstützung zukommen zu lassen. Privatpersonen werden mit einem Reiseverbot belegt, so dass diese nicht in die EU einreisen oder diese auf dem Transit durchqueren können (siehe hierzu auch Beitrag des StMJ in diesem EB).

Zum zweiten wurden neue Handelsbeschränkungen und Verbote im Industrie- und Dienstleistungsbereich (siehe hierzu auch Beitrag des StMWi in diesem EB) sowie mit Blick auf Schwächung der russischen Kriegswirtschaft (v. a. Verbot der Ausfuhr von spezifischen in russischen Waffen verbauten elektronischen Komponenten, von bestimmten Chemikalien und von Kleinwaffen und anderen unter die Anti-Folter-Verordnung fallenden Gütern) beschlossen.

Die Beschränkungen werden allgemein mit Blick auf die nunmehr stattgefundenen Schein-Referenden auf die Regionen Cherson und Saporischschja ausgeweitet.

Das Paket enthält zusätzlich eine Rechtsgrundlage für eine Ölpreis-Obergrenze, auf die sich die G7-Staaten grundsätzlich geeinigt haben. Diese Obergrenze soll ebenso dazu führen, dass russische Einnahmen zurückgehen und die Märkte stabil halten (ein Verbot, russisches Rohöl auf dem Seeweg in die EU einzuführen, ist bereits beschlossene Sache und gilt ab dem 05.12.2022).

[Pressemitteilung des Rats](#)

[Pressemitteilung des Rates zu restriktiven Maßnahmen gegen weiteren Personen und Einrichtungen](#) (in englischer Sprache)

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Verordnungs-Texte und Beschlüsse im EU-Amtsblatt](#)



## EUROPÄISCHES PARLAMENT

### Plenarwoche vom 03.10.2022 - 06.10.2022: Energie, Ukraine, Ladekabel, Gesundheit, Ungarn, Luftverkehr

Auf der Plenartagung des Europäischen Parlaments (EP) in Straßburg standen folgende Themen im Zentrum:

- **Energiepreise: EU-Fokus muss auf schutzbedürftigsten Menschen liegen**

Die Abgeordneten sprechen sich in einer Entschließung vom Mittwoch (05.10.) für weitere Sofortmaßnahmen aus, um den Druck der rasch steigenden Energiepreise auf die europäischen Haushalte und Unternehmen zu verringern. Sie fordern u. a. eine angemessene Preisobergrenze für Pipeline-Gasimporte und Maßnahmen zur Bekämpfung der Spekulation.

- **Parlament fordert massive Aufstockung der Militärhilfe für die Ukraine**

In einer am Donnerstag (06.10.) angenommenen Entschließung verurteilen die Abgeordneten die Ergebnisse der Scheinreferenden, die mit vorgehaltener Waffe zwecks Annexion der Gebiete Donezk, Cherson, Luhansk und Saporischschja durchgeführt wurden, für „null und nichtig“ und fordern die Mitgliedstaaten auf, weitere strenge Sanktionen zu verhängen. Sie fordern u. a. einen Ad-hoc-Strafgerichtshof für das Verbrechen der Aggression gegen die Ukraine.

- **Einheitliches Ladegerät für mobile Geräte kommt bis Ende 2024**

Das EP hat am Dienstag (04.10.) den Weg frei gemacht, dass Verbraucher in der EU ein einheitliches Ladegerät für ihre elektronischen Geräte verwenden. Bis Ende 2024 müssen alle Mobiltelefone, Tablets und Kameras, die in der EU verkauft werden, einen USB-C-Ladeanschluss haben. Ab Frühjahr 2026 gilt das auch für Laptops. Der Rat muss die Richtlinie nun noch förmlich billigen, bevor sie im Amtsblatt der EU veröffentlicht wird.

- **Gesundheitsunion: EU soll Gesundheitskrisen besser in den Griff bekommen**

Das EP hat am Dienstag (04.10.) neue Regeln angenommen, die die EU für den Ausbruch übertragbarer Krankheiten rüsten und die Bekämpfung länderübergreifender Gesundheitsgefahren erleichtern sollen. Die Abgeordneten billigten eine mit dem Rat erzielte Einigung über die Erweiterung des Aufgabenbereichs des Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC). Dank der neuen Regeln ist die EU besser gegen übertragbare Krankheiten gewappnet, kann ihre Ausbreitung besser verhindern und besser mit Krankheitsausbrüchen umgehen.

- **Schutz des EU-Haushalts: Parlamentarier warnen Kommission vor "Kompromissen" mit Ungarn**

Am Dienstag (04.10.) warnten die Abgeordneten die Kommission im Rahmen einer Debatte davor, den Schutz der finanziellen Interessen der EU in Ungarn zu vernachlässigen. Die meisten Abgeordneten begrüßten die Maßnahmenvorschläge der Kommission und forderten den Rat auf, eine rasche Entscheidung zu treffen und die 7,5 Mrd. € für Ungarn wie vorgeschlagen einzufrieren. Die Mehrheit der Redner äußerte



zudem die Befürchtung, dass die ungarischen Abhilfemaßnahmen keine wirklichen Reformen, sondern nur "leere Versprechungen" seien, um den Haushaltskürzungen zu entgehen. Sie forderten, die Kommission solle sich um stichhaltige Beweise bemühen und die eingeleiteten Reformen sorgfältig überprüfen sowie "keine Kompromisse als Garantie für Rechtsstaatlichkeit akzeptieren, nur weil Orban sie vorschlägt".

- **Parlamentarier überarbeiten Pandemie-Hilfsmaßnahmen für den Luftverkehrssektor**

Um dem zunehmenden Luftverkehr besser Rechnung zu tragen, aktualisierte das EP am Donnerstag (06.10.) die Vorschriften für Start- und Landerechte für Fluggesellschaften und behielt einige Ausnahmen bei, die während der Pandemie eingeführt worden waren. So müssen 75 % der Start- und Landerechte genutzt werden, um sie für die nächste Saison zu erhalten. Ausnahmen bleiben im Falle von gesundheitlichen Notfällen, Naturkatastrophen oder politischen Unruhen.

- **Iran: Für den Tod *Mahsa Amini* verantwortliche Amtsträger müssen bestraft werden**

In einer am Donnerstag (06.10.) per Akklamation angenommenen Entschließung zieht das EP eine Bilanz der Entwicklungen im Iran nach dem Tod der 22-jährigen kurdischen Iranerin *Mahsa Amini* durch die „Sittenpolizei“ des Landes und dem Ausbruch der darauffolgenden Proteste gegen das strenge klerikale Regime. Die Abgeordneten verurteilen den Tod von *Mahsa Amini* und fordern EU-Sanktionen gegen ihre Mörder und die an der Niederschlagung der darauf folgenden Proteste beteiligten Sicherheitskräfte.

- **Aus den Ausschüssen (Verkehr): Maßnahmenpaket „Fit für 55“ – Verkehrspolitiker wollen alle 60 km eine Ladestation für Autos**

Der Verkehrsausschuss (TRAN) hat am Montag (03.10.) einen Entwurf für ein Verhandlungsmandat zum Aufbau einer Infrastruktur für alternative Kraftstoffe angenommen. Das Mandat zielt darauf ab, den Aufbau von Aufladestationen oder alternativen Tankstellen (wie Elektro- oder Wasserstofftankstellen) für Autos, Lastwagen, Züge und Flugzeuge zu fördern und die Verbreitung nachhaltiger Fahrzeuge zu unterstützen.

Autos sollten alle 60 km aufgeladen und alle 100 km Wasserstoff tanken können, während Schiffe in den Häfen mit Landstrom versorgt werden sollten, damit die EU bis 2050 klimaneutral wird.

Die nächste Plenartagung in Straßburg findet vom 17.10.2022 - 20.10.2022 statt.

[Presseerklärungen des EP](#) (in englischer Sprache)

## AUSSCHUSS DER REGIONEN

### 151. Plenarversammlung nimmt Lage der Regionen und Städte sowie Kohäsionspolitik in den Blick

Vom 10.10.2022 - 12.10.2022 fand die 151. Plenartagung des Ausschusses der Regionen (AdR) in Brüssel statt. Dort wurde zunächst traditionell die Europäische Woche der Regionen und Städte (EURegionsWeek) eröffnet. Diese wartete im Zeitraum vom 10.10.2022 - 13.10.2022 mit gut 300 Veranstaltungen und Workshops



auf, an denen sich mehr als 15.000 Teilnehmer angemeldet hatten (siehe hierzu auch Beitrag des StMI in diesem EB).

In der Plenarsitzung des AdR wurden neben der EURegionsWeek mehrere Debatten zur Lage der Regionen und Städte, der 27. UN-Klimakonferenz, der Zukunft Europas sowie einer neuen Allianz für Kohäsionspolitik zur Bewältigung neuer Herausforderungen geführt. Weiter stellten einige AdR-Mitglieder die in ihren Regionen und Städten organisierten Sommerlager für ukrainische Kinder vor. Daneben standen insgesamt 15 Stellungnahmen und eine dringende Entschließung zur Lage der Regionen und Städte in der Europäischen Union zur Abstimmung. Schwerpunkte der Tagung waren Energie-, Verkehrs-, Umwelt-, Bildungs- und Digitalisierungsthemen. Besondere Beachtung fand schließlich der Beitrag der Städte und Regionen der EU beim Wiederaufbau der Ukraine. Dabei wurde deutlich, dass sich die EU klar zu dieser langandauernden Aufgabe bekennt und die Regionen und Städte neben den bereits erfolgten Soforthilfen dauerhafte und vielschichtige Partnerschaften mit der Ukraine anstreben.

[AdR-Portal mit Informationen zur Tagesordnung und den Sitzungsdokumenten](#) (in englischer Sprache)

[Bilder der 151. Plenartagung des AdR](#) (in englischer Sprache)

[Homepage der EURegionsWeek](#) (in englischer Sprache)

## INSTITUTIONELLES

### Kommission legt Mitteilung über die Erweiterungspolitik der EU vor

Am 12.10.2022 legte die Kommission ihre Bewertungen und Reformprioritäten für den Westbalkan und die Türkei vor (Mitteilung 2022 über die Erweiterungspolitik der EU). Die Mitteilung enthält eine Bestandsaufnahme der Entwicklungen und Fortschritte seit dem letzten Erweiterungspaket, das im Oktober 2021 angenommen wurde. Sie enthält zudem konkrete Empfehlungen / Schlussfolgerungen bezogen auf die folgenden Länder (basierend auf den jeweiligen Länderberichten – neben Bosnien-Herzegowina: Kosovo, Albanien, Nordmazedonien, Serbien sowie Montenegro und die Türkei („aktuelle Erweiterungsagenda“). Ein besonderer Schwerpunkt liegt diesbezüglich auf Fortschritten, die die Staaten hinsichtlich der Umsetzung grundlegender Reformen gemacht haben. Die Kommission legt auch klare Leitlinien für künftige Reformprioritäten vor.

Bezogen auf den Westbalkan kündigt die Kommission an, weiterhin Reformbemühungen im Westbalkan zu unterstützen und die Integration der Region vorantreiben zu wollen. Sie schlägt auch konkret vor, dass der Rat Bosnien-Herzegowina offiziell den Status eines Kandidatenlandes zuerkennt und stellt dies unter die Voraussetzung, dass weitere Schritte in den Bereichen Demokratie, Funktionsfähigkeit der staatlichen Einrichtungen, Rechtsstaatlichkeit, Medienfreiheit, Kampf gegen die Korruption und das organisierte Verbrechen und Migrationsmanagement unternommen werden.

In Bezug auf die Türkei mahnt die Kommission dringend an, dass die derzeitige negative Entwicklung in den Bereichen Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte umgekehrt wird. Sie lädt die Türkei weiterhin zu



**Europabericht der Vertretung des Freistaates Bayern bei der EU  
Nr. 16/2022 vom 17.10.2022**



einem vertieften Dialog ein, um Handelshemmnisse zu beseitigen, die das reibungslose Funktionieren der Zollunion zwischen der EU und der Türkei in Frage stellen.

Die Mitteilung enthält auch eine Bestandsaufnahme bzgl. des Wirtschafts- und Investitionsplan für den Westbalkan, der am 06.10.2020 angenommen worden war. Die Umsetzung des Plans startete im Februar 2022 mit dem Beschluss, insgesamt 1,3 Mrd. € an Investitionszuschüssen unter dem „Western Balkans Investment Framework (WBIF)“ für die Finanzierung von 24 sog. Flaggschiff-Projekten bereitzustellen (Gesamtinvestitionsvolumen von 3,3 Mrd. €). Investitionsbereiche decken Verkehr, Konnektivität, Energie und digitale Wirtschaft ab. Der Privatsektor soll gestärkt, die Entwicklung von Arbeitskräften und Innovation unterstützt werden.

[Pressemitteilung der Kommission](#) (in englischer Sprache und weiteren Verweisen auf die länderspezifischen Empfehlungen)

[Mitteilung der Kommission](#) (in englischer Sprache)

[Factsheet zum Wirtschafts- und Investitionsplan für den Westbalkan](#) (in englischer Sprache)





## STAATSMINISTERIUM DES INNERN, FÜR SPORT UND INTEGRATION

### SICHERHEIT

#### Frontex: Europaabgeordnete gegen Entlastung für 2020

Der Haushaltskontrollausschuss des Europäischen Parlaments hat die sog. „Entlastung“ des Haushalts 2020 für die EU-Grenzschutzagentur Frontex mit 15 zu 12 Stimmen abgelehnt. In einem Entschließungsentwurf, der in einer separaten Abstimmung mit 26 zu einer Stimme angenommen wurde, begründen die Abgeordneten dies mit dem „Ausmaß des begangenen schweren Fehlverhaltens“ und möglichen strukturellen Problemen unter dem früheren Exekutivdirektor der Agentur, der am 28.04.2022 nach der Veröffentlichung eines aufschlussreichen OLAF-Berichts zurückgetreten ist. Die Abgeordneten fordern insbesondere die Aussetzung der Unterstützungsmaßnahmen (Rückführungen) von Frontex in Ungarn angesichts der rechtsstaatlichen Situation in dem Land. Außerdem fordern sie eine Überprüfung der Aktivitäten der Agentur in Griechenland, wo sie Berichten zufolge Grenzüberwachungsmaßnahmen in Abschnitten durchführte, in denen gleichzeitig Push-Backs von Migranten stattfanden. Die Abgeordneten werden im Plenum über alle Entlastungsbeschlüsse während der Oktober-II-Tagung in Straßburg abstimmen.

[Pressemitteilung](#)

#### Rat nimmt Beschluss über die Unterzeichnung einer Vereinbarung über die Zusammenarbeit von Frontex und Nordmazedonien beim Grenzmanagement an

Der Rat hat am 13.10.2022 einen Beschluss über die Unterzeichnung einer Vereinbarung über die Zusammenarbeit der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) und Nordmazedoniens beim Grenzmanagement angenommen. Sobald die Vereinbarung in Kraft ist, kann Frontex Nordmazedonien bei seinen Anstrengungen zur Steuerung der Migrationsströme, zur Unterbindung der illegalen Einwanderung und zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität helfen. Die Europäische Kommission, der Ratsvorsitz und Nordmazedonien werden die Vereinbarung voraussichtlich am 20.10.2022 unterzeichnen. Das Europäische Parlament wird ersucht werden, so rasch wie möglich seine Zustimmung zu erteilen.

[Pressemitteilung](#)

#### Polizeiliche Zusammenarbeit: Abgeordnete billigen Entwurf für Regeln zum grenzüberschreitenden Austausch von Informationen

Um den Austausch zwischen den Strafverfolgungsbehörden zu fördern, hat der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten den Entwurf einer Regelung für den grenzüberschreitenden Informationsaustausch in der EU angenommen. Ziel des Berichts über den Informationsaustausch zwischen Strafverfolgungsbehörden ist es, den Austausch zwischen Polizei- und Grenzschutzbeamten in verschiedenen EU-Ländern zu fördern, indem die Verfahren, Regeln und Fristen für den Informationsaustausch geklärt werden und gleichzeitig die Rolle von



Europol gestärkt wird. Nach den neuen Vorschriften sollten die Kontaktstellen Informationen von Behörden anderer EU-Länder zu Bedingungen erhalten, die denen der Behörden ihres eigenen Landes entsprechen, wobei der Zweck, für den die Informationen verwendet werden sollen, zu berücksichtigen ist. Gleichzeitig soll die Europol-Anwendung „Secure Information Exchange Network Application“ (SIENA) zum verbindlichen Kanal für den offiziellen grenzüberschreitenden Austausch werden. Der Bericht wurde mit 42 Ja-Stimmen und 12 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung angenommen, und die Abgeordneten stimmten der Aufnahme von Verhandlungen mit dem Rat mit 52 Ja-Stimmen bei 0 Nein-Stimmen und zwei Enthaltungen zu.

[Pressemitteilung](#)

## CYBERSICHERHEIT

### Europäischer Monat der Cybersicherheit

Aktuell läuft die zehnte Ausgabe des Europäischen Monats der Cybersicherheit, der in diesem Jahr unter dem Motto „*Think Before U click - I choose to be safe online*“ steht. Die Kampagne läuft den ganzen Oktober über und bietet Tipps und Tricks zur Cyberhygiene und zur Erkennung von Cyberbedrohungen wie Ransomware und Phishing. Die jährliche Sensibilisierungskampagne wird von der Kommission, der Agentur der Europäischen Union für Cybersicherheit (ENISA) und über 300 Partnern, darunter Behörden, Universitäten, Think Tanks, NRO und Berufsverbände aus ganz Europa, organisiert. Konferenzen, Workshops, Schulungen, Webinare und Quizspiele sind nur einige der vielen Aktivitäten, die von der ENISA und den Mitgliedstaaten organisiert werden. Um die Kampagnenmaterialien der Mitgliedstaaten besser bekannt zu machen und die Aktivitäten der Interessenvertreter zu präsentieren, hat die ENISA dieses Jahr zum ersten Mal die ECSM-Preise in die Kampagne aufgenommen. Letztendlich besteht das Ziel der ECSM-Kampagne darin, die Widerstandsfähigkeit der EU-Systeme und -Dienste zu stärken, indem die Bürgerinnen und Bürger in die Lage versetzt werden, als wirksame „menschliche Firewalls“ zu agieren und so einen weiteren Schritt in Richtung einer intelligenteren Cybersicherheitsgesellschaft zu machen.

[Informationen zum European Cyber Security Month](#) (in englischer Sprache)

## FREIZÜGIGKEIT

### Rat einigt sich auf Verhandlungsmandat über Nichtanerkennung russischer Reisedokumente

Der Rat hat sich am 12.10.2022 auf das Verhandlungsmandat über die Nichtanerkennung russischer Reisedokumente, die in der Ukraine und in Georgien ausgestellt werden, geeinigt. Dieser Beschluss ist eine Reaktion auf den unprovokierten und ungerechtfertigten militärischen Angriff Russlands auf die Ukraine und die Praxis Russlands, Einwohnern der besetzten Regionen internationale russische Pässe auszustellen. Russische Reisedokumente, die in diesen Regionen ausgestellt wurden, werden von den EU-Mitgliedstaaten bereits nicht anerkannt oder bald nicht mehr anerkannt. Ziel dieses Beschlusses ist es, ein gemeinsames Konzept festzulegen, das ordnungsgemäße Funktionieren der Außengrenzen und der gemeinsamen Visumpolitik zu



gewährleisten und die Sicherheit der EU-Mitgliedstaaten zu gewährleisten. Die Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament können nun beginnen.

[Pressemitteilung](#)

### **Kommission aktualisiert Leitlinien für die Bearbeitung von Visaanträgen russischer Staatsbürger**

Die Kommission hat den Mitgliedstaaten am 30.09.2022 aktualisierte Leitlinien für die Bearbeitung von Visaanträgen russischer Staatsbürger sowie für Kontrollen an den EU-Außengrenzen vorgelegt. Diese Leitlinien tragen den jüngsten geopolitischen und sicherheitspolitischen Entwicklungen im Zusammenhang mit dem Krieg Russlands gegen die Ukraine Rechnung. In den Leitlinien werden eine strengere Sicherheitskontrolle bei der Erteilung von Visa an russische Staatsangehörige und verschärfte Grenzkontrollen angemahnt. Gleichzeitig gilt es, das EU-Asylrecht uneingeschränkt zu achten. Die Konsulate und Grenzbehörden der Mitgliedstaaten werden aufgefordert, bei der individuellen Prüfung von Visumanträgen russischer Staatsangehöriger und bei Kontrollen an den Außengrenzen der Union ein höchstmögliches Sicherheitsniveau zu gewährleisten und koordiniert vorzugehen. Die Kommission wird die Umsetzung dieser Leitlinien fortlaufend prüfen, um rasche und koordinierte Maßnahmen auf EU-Ebene zur Bewältigung aller sich abzeichnenden Herausforderungen zu unterstützen.

[Pressemitteilung](#)

## **ASYL & MIGRATION**

### **Kommission legt Bilanz der Asyl- und Migrationspolitik vor**

Die Kommission hat am 06.10.2022 ihren neuen Bericht über Migration und Asyl vorgestellt. Der Bericht enthält eine Bestandsaufnahme der im vergangenen Jahr erzielten Fortschritte und wichtigsten Entwicklungen im Bereich Migration und Asyl und kommt zum Ergebnis, dass strukturelle Reformen des Asyl- und Migrationssystems der EU erforderlich sind, um die EU in die Lage zu versetzen, sowohl Krisensituationen als auch längerfristige Trends zu bewältigen. Besonders hervorgehoben wurden die beispiellose Solidarität mit der Ukraine (erstmalige Anwendung der Richtlinie über vorübergehenden Schutz, Einrichtung einer Solidaritätsplattform und Umsetzung eines Zehn-Punkte-Plans für eine koordinierte europäische Reaktion), das starke Außengrenzen-Management (Einführung der neuen IT-Architektur und der Interoperabilität; wichtige Schritte beim Aufbau eines gemeinsamen EU-Rückführungssystems, u. a. durch die Ernennung eines Rückkehrkoordinators, und die Durchsetzung einer strategischen und strukturierten Visumpolitik), die Zusammenarbeit mit internationalen Partnern (Fortschritte bei der Behandlung von Fragen der Rückkehr, der Rückübernahme, der Grenzverwaltung und der Schleusernetze im Rahmen von Partnerschaften mit wichtigen Drittländern, die ein Gleichgewicht zwischen den Bedürfnissen dieser Länder und den Interessen der EU widerspiegeln) und die Abwehr hybrider Bedrohungen (Reaktion auf die Instrumentalisierung von Migranten durch das belarussische Regime). Als wichtigste nächste Schritte fordert die Kommission die Mitgliedstaaten



auf, den freiwilligen Solidaritätsmechanismus umzusetzen, und fordert das Parlament und den Rat auf, den gemeinsamen Fahrplan für das Migrations- und Asylpaket umzusetzen und alle vorliegenden Vorschläge bis spätestens März 2024 zu verabschieden.

[Zum Bericht](#) (in englischer Sprache)

[Pressemitteilung](#)

### **Kommission fordert Deutschland zur Einhaltung der Rückführungsrichtlinie auf**

Die Kommission hat beschlossen, ein Aufforderungsschreiben an Belgien und ergänzende Aufforderungsschreiben an Deutschland, Griechenland und Spanien zu richten, weil diese Länder die EU-Vorschriften zur Rückführung illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger (Richtlinie 2008/115/EG) nicht einhalten. Die Richtlinie enthält gemeinsame Vorschriften für die Rückführung von Drittstaatsangehörigen, die die Voraussetzungen für die Einreise in einen Mitgliedstaat oder den dortigen Aufenthalt nicht erfüllen, und fördert gleichzeitig die freiwillige Rückkehr irregulärer Zuwanderer. Nach Auffassung der Kommission haben Belgien, Deutschland, Griechenland und Spanien einige Bestimmungen der Richtlinie nicht ordnungsgemäß umgesetzt; die Länder haben nun zwei Monate Zeit, zu den Argumenten der Kommission Stellung zu nehmen. Andernfalls kann die Kommission beschließen, mit Gründen versehene Stellungnahmen an die betreffenden Mitgliedstaaten zu übermitteln.

[Pressemitteilung](#)

## **DATENSCHUTZ**

### **Kommission begrüßt US-Erlass für neuen transatlantischen Datenschutzrahmen**

Am 25.03.2022 gaben Präsidentin *von der Leyen* und Präsident *Biden* bekannt, dass sie eine grundsätzliche Einigung über einen neuen EU-US-Datenschutzrahmen erzielt haben. Der Rahmen soll den transatlantischen Datenverkehr fördern und die vom EuGH in der Schrems-II-Entscheidung vom Juli 2020 geäußerten Bedenken ausräumen. Im Anschluss daran arbeiteten die Teams der EU und der USA intensiv daran, die Einzelheiten dieses Abkommens auszuarbeiten und in einen Rechtsrahmen zu überführen. Am 07.10.2022 unterzeichnete Präsident *Biden* eine Durchführungsverordnung über die Verbesserung der Sicherheitsvorkehrungen für nachrichtendienstliche Tätigkeiten der Vereinigten Staaten. Zusammen mit den vom Generalstaatsanwalt erlassenen Verordnungen setzt die Exekutivanordnung die im März angekündigte Grundsatzvereinbarung in US-Recht um. Mit der Exekutivanordnung werden neue verbindliche Garantien eingeführt, die alle vom EuGH angesprochenen Punkte berücksichtigen, den Zugang der US-Geheimdienste zu EU-Daten einschränken und ein Datenschutzprüfungsgericht einrichten. Auf dieser Grundlage wird die Europäische Kommission nun einen Entwurf für einen Angemessenheitsbeschluss ausarbeiten und das Annahmeverfahren einleiten.

[Pressemitteilung](#) (in englischer Sprache)



## KOMMUNALES

### 20. Europäische Woche der Regionen und Städte

Vom 10.10.2022 - 13.10.2022 fand in Brüssel die 20. Europäische Woche der Regionen und Städte statt. Es wurden mehr als 15.000 Teilnehmer vor Ort und online zu der Veranstaltung erwartet, die über 300 Sitzungen mit mehr als 1.000 Rednerinnen und Rednern aus der gesamten EU und darüber hinaus umfassten. Zu den Themen der EU-Woche der Regionen gehörten die grüne Wende, der territoriale Zusammenhalt und die Stärkung der Rolle der Jugend. EU-Kohäsionskommissarin *Elisa Ferreira* und der Präsident des Ausschusses der Regionen, *Vasco Alves Cordeiro*, erinnerten an die Bedeutung der kohäsionspolitischen Notfallmaßnahmen während der aufeinanderfolgenden Krisen in Europa und betonten die zentrale Rolle der Kohäsionspolitik bei der Zukunftsgestaltung als Schlüsselement des europäischen Wachstumsmodells. Die Kohäsionspolitik sei das wichtigste langfristige Investitionsinstrument der EU, das ihren wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt stärke. Sie habe für die Regionen und Städte auch eine wesentliche Rolle bei der Unterstützung der Menschen während der Pandemie gespielt und helfe ihnen dabei, die Folgen des russischen Krieges gegen die Ukraine zu bewältigen. Aus dem Jahresbericht des Ausschusses der Regionen geht hervor, dass die Kohäsionspolitik für die örtlichen Gemeinschaften wichtiger denn je ist – für 83 % der lokalen und regionalen Vertreter ist sie die Politik mit dem größten Mehrwert für ihr Gebiet.

[Pressemitteilung](#)



## STAATSMINISTERIUM FÜR WOHNEN, BAU UND VERKEHR

### UKRAINE/EU

#### EU unterstützt Ausschluss Russlands aus der Internationalen Zivillufffahrt-Organisation (ICAO)

Am 04.10.2022 hat die EU den Ausschluss Russlands aus der Internationalen Zivillufffahrt-Organisation (ICAO) für die nächsten drei Jahre begrüßt. Bereits am 04.08.2022 haben die Kommission und ICAO die Verstöße Russlands gegen internationale Luftverkehrsvorschriften verurteilt (EB 14/22). Hierunter fallen u. a. die Doppelregistrierung von Flugzeugen aus dem Besitz europäischer Leasingfirmen und der Betrieb von Flugzeugen auf internationalen Strecken ohne gültiges Sicherheitszertifikat. Daneben hat sich das Europäische Parlament für eine Ausnahme von der Zeitnischenregelung auf Flughäfen für die Erholungsphase nach einer Wiederaufnahme der Luftverkehrsverbindungen zwischen der EU und der Ukraine ausgesprochen (siehe weiteren Beitrag in diesem EB).

[Pressemitteilung der Kommission](#) (in englischer Sprache)

#### CINEA erhält 63 Projektvorschläge zur Förderung der militärischen Mobilität

Am 30.09.2022 gab die EU-Exekutivagentur für Klima, Infrastruktur und Umwelt (CINEA) bekannt, 63 Projektvorschläge zur zivil-militärischen Nutzung der transeuropäischen Verkehrsnetze (TEN-V) zur Förderung mit rund 1,4 Mrd. € erhalten zu haben. CINEA hatte Mitte Mai 2022 zwei Projektaufrufe für Studien und Arbeiten hierzu im Rahmen der Fazilität „Europa verbinden“ (CEF 2.0) gestartet, deren Fördervolumen auf 330 Mio. € begrenzt ist (EB 10/22). Bereits am 08.04.2022 gab die Kommission bekannt, 22 Projekte mit 339 Mio. € zu fördern, darunter den Ausbau der Schieneninfrastruktur für den Einsatz von 740 m langen Güterzügen in Deutschland (EB 08/22). Die finale Projektauswahl soll im Dezember 2022 vorgelegt werden.

[Mitteilung von CINEA](#) (in englischer Sprache)

### BAUEN UND WOHNEN

#### Europäisches Parlament fasst EntschlieÙung zum Neuen Europäischen Bauhaus

Am 14.09.2022 hat das Europäische Parlament (EP) eine nicht-legislative EntschlieÙung zum Neuen Europäischen Bauhaus (NEB) mit 466 Stimmen bei 83 Gegenstimmen und 55 Enthaltungen gefasst. Der Bericht des EP begrüÙt die Initiative der Kommission und fordert mehr finanzielle Mittel. So soll im nächsten Arbeitsprogramm Horizont Europa 2023 - 2024 ein Budget von 100 Mio. € für Modellprojekte zur Verfügung gestellt werden. Aktuell erhalten sechs Leuchtturmprojekte eine Förderung i.H.v. 5 Mio. €, darunter das Projekt „NEBhourhoods“ aus München-Neuperlach (EB 09/22). Zudem wurden 2021 und 2022 NEB-Preise für bestehende Vorzeigeprojekte zur Verbindung von Nachhaltigkeit, Ästhetik und Inklusion verliehen, wie beispielsweise für das Gästehaus für Ayurveda-Anwendungen RoSana aus Rosenheim (EB 14/21). Daneben





veranstaltete die Kommission vom 09.06.2022 - 12.06.2022 das NEB-Festival in Brüssel, an dem u. a. die Innovationsplattform Silicon Vilstal aus Niederbayern mit einem Messestand teilnahm (EB 10/22). Derzeit umfasst die NEB-Community mehr als 500 offizielle Partner, wie zum Beispiel bayern design, bayern kreativ, bayern innovativ, die Landeshauptstadt München, die Hochschule München, die TUM und die Handelskammer für München und Oberbayern.

#### [Entschließung des EP](#)

#### **Kommission startet Projektaufruf i.H.v. 50 Mio. € zum Neuen Europäischen Bauhaus**

Am 11.10.2022 hat die Kommission einen Aufruf zur Einreichung innovativer Stadtprojekte zum Neuen Europäischen Bauhaus (NEB) gestartet. Damit kommt die Kommission auch der Forderung des Europäischen Parlaments nach mehr finanziellen Mitteln für das NEB nach (siehe weiteren Beitrag in diesem EB). Bereits im Mai 2022 hat die Kommission die ersten Leuchtturmprojekte zum NEB für eine Förderung im Rahmen von Horizont Europa mit jeweils 5 Mio. € ausgewählt, darunter das Projekt „NEBhourhoods“ aus München-Neuperlach (EB 09/22). Nach den ersten sechs Leuchtturmprojekten möchte die Kommission unter der Europäischen Stadtinitiative weitere Projekte zur Verbindung von Nachhaltigkeit, Ästhetik und Inklusion im Rahmen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) auswählen. Die innovativen Projekte sollen die Stadtentwicklung fördern und sich auf die vier Themenfelder beziehen, Bau und Renovierung im Sinne der Kreislaufwirtschaft und CO<sub>2</sub>-Neutralität, Erhaltung und Umgestaltung des kulturellen Erbes, bezahlbare Wohnraumlösungen sowie Sanierung städtischer Räume. Jedes Projekt kann bis zu 5 Mio. € erhalten, wobei 80 % der förderfähigen Kosten aus dem EFRE finanziert werden. Der Projektaufruf läuft bis Mitte Januar 2023.

#### [Pressemitteilung der Kommission](#)

[Hintergrundinformationen zur Europäischen Stadtinitiative](#) (in englischer Sprache)

#### **Europäisches Parlament und Rat erzielen politische Einigung zur EU-Normungsstrategie**

Am 12.10.2022 haben das Europäische Parlament (EP) und der Rat eine politische Einigung zur EU-Normungsstrategie erzielt (siehe hierzu auch Beitrag des StMWi in diesem EB). Bereits am 02.02.2022 hatte die Kommission ihre EU-Normungsstrategie zusammen mit einem Vorschlag zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1025/2012 über die europäische Normung, einem Umsetzungsbericht und einem Arbeitsprogramm 2022 zur EU-Normung veröffentlicht (EB 03/22). Die Normungsverordnung (EU) Nr. 1025/2012 bildet den Rahmen für den EU-Normungsprozess und ermöglicht es der Kommission, die drei europäischen Normungsorganisationen CEN, Cenelec und ETSI mit der Ausarbeitung europäischer Normen zu beauftragen sowie beim Normungsentwicklungsprozess nationale Normungsgremien mit einzubeziehen. CEN, Cenelec und ETSI sollten Verwaltungsgrundsätze einführen, welche die Offenheit, Transparenz und Teilhabe am Normungsprozess verbessern. EP und Rat müssen die Verordnung noch förmlich annehmen, bevor sie in Kraft treten kann. Danach haben die europäischen Normungsorganisationen sechs Monate Zeit, um die Änderungen in ihren internen Satzungen umzusetzen.



[Pressemitteilung der Kommission](#)

[EU-Normungsstrategie](#)

[Vorschlag zur Änderung der Verordnung \(EU\) Nr. 1025/2012](#)

### **Eurostat veröffentlicht Zahlen zu den Hauspreisen für zweites Quartal 2022**

Am 07.10.2022 hat das statistische Amt der EU (Eurostat) den Hauspreisindex (HPI) für das zweite Quartal 2022 veröffentlicht (EB 13/22). Danach stiegen in der EU-27 die Hauspreise gegenüber dem zweiten Quartal 2021 um +9,9 %. Die größten jährlichen Zuwächse der Hauspreise verzeichneten Estland (+27,4 %), Tschechien (+23,1 %), Ungarn (+22,8 %) und Litauen (+22,1 %). Es wurden keine Rückgänge registriert. In Deutschland stiegen die Hauspreise um +10,2 %.

[Pressemitteilung von Eurostat](#)

## **VERKEHRSPOLITIK**

### **Kommission ruft zur Wettbewerbsteilnahme für die EU-Mobilitätspreise auf**

Am 05.10.2022 hat die Kommission zur Teilnahme am Wettbewerb für die EU-Mobilitätspreise bis zum 31.10.2022 aufgerufen. Bereits vom 16.09.2022 - 22.09.2022 hatte die Kommission die Europäische Mobilitätswoche 2022 veranstaltet (EB 15/22). Städte und Gemeinden können sich für den Preis der EUROPEANMOBILITYWEEK sowie Organisationen für den Preis für nachhaltige Maßnahmen im Bereich Mobilität („Mobility Action Award“) bewerben. Hiermit sollen hervorragende Leistungen bei der Sensibilisierung für nachhaltige urbane Mobilität und nachhaltiges städtisches Mobilitätsmanagement gewürdigt werden. Die Finalisten werden Anfang 2023 bekanntgegeben und die Preisträger dann im Frühjahr 2023 in Brüssel gekürt.

[Pressemitteilung der Kommission](#) (in englischer Sprache)

## **LUFTVERKEHR**

### **Europäisches Parlament und Rat einigen sich zur Zeitnischenregelung auf Flughäfen**

Am 06.10.2022 hat das Europäische Parlament (EP) eine legislative EntschlieÙung zur Nutzung von Zeitnischen auf Flughäfen im Krisenfall mit 457 Stimmen bei drei Gegenstimmen und drei Enthaltungen gefasst, die vom Rat am 12.10.2022 bestätigt wurde. Bereits am 12.07.2022 hatte die Kommission eine Flexibilisierung der Zeitnischenregelung auf Flughäfen vorgeschlagen (EB 13/22) und führt noch bis zum 21.11.2022 eine öffentliche Konsultation hierzu durch (EB 14/22). Während Fluggesellschaften im Normalfall 80 % der zugeteilten Zeitnischen für Starts und Landungen bedienen müssen, um diese für das folgende Jahr behalten zu dürfen („use it or lose it“-Regel), wurde der Schwellenwert aufgrund der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie gesenkt.



Vom 30.10.2022 - 25.03.2023 müssen die Fluggesellschaften 75 % ihrer geplanten Start- und Landerechte nutzen (Kommissionsvorschlag 80 %) und erst ab der Sommersaison 2023 gelten wieder 80 % der Zeitnischennutzung. Laut Eurocontrol wird das Luftverkehrsaufkommen bis Oktober 2022 zwischen 83 % („Low-Case-Szenario“) und 95 % („High-Case-Szenario“) des Niveaus wie vor der COVID-19-Pandemie erreichen. Die Kommission soll jedoch die Mindestnutzungsrate für Zeitnischen im Krisenfall, wie bei epidemiologischen Notfällen, Naturkatastrophen oder politischen Unruhen, herabsetzen können, wenn das Luftverkehrsaufkommen als unmittelbare Folge in zwei aufeinanderfolgenden Wochen unter 80 % im Vergleich zu den Zahlen für 2019 (Kommissionsvorschlag vier Wochen) fällt.

Darüber hinaus sprachen sich EP und Rat für eine 16-wöchigen Ausnahme von der Zeitnischenregelung als Erholungsphase nach einer Wiederaufnahme der Luftverkehrsverbindungen zwischen der EU und der Ukraine aus. Nach finaler Zustimmung des Rates können die neuen Regelungen im EU-Amtsblatt veröffentlicht werden und treten anschließend in Kraft. Die Flexibilisierung soll für die Flugpläne vom 30.10.2022 - 28.10.2023 (Kommissionsvorschlag 26.03.2024) gelten.

[Pressemitteilung des Rates](#)

[Pressemitteilung des EP](#) (in englischer Sprache)

[Pressemitteilung der Kommission vom 12.07.2022](#)

[Entschließung des EP](#)

## **STRAßENVERKEHR**

### **Kommission leitet Vertragsverletzungsverfahren u. a. gegen Deutschland zur elektronischen Maut ein**

Am 29.09.2022 hat die Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren mit der Zusendung eines Aufforderungsschreibens an Deutschland, Finnland und Italien wegen der unvollständigen Umsetzung der Richtlinie (EU) 2019/520 über den europäischen elektronischen Mautdienst (EETS) in nationales Recht bis zum 19.10.2021 eingeleitet. Beim EETS handelt es sich um ein Mautsystem, beim dem die Nutzer Mautgebühren in allen EU-Mitgliedstaaten über ein Abonnement bei einem einzigen Anbieter und mit einem einzigen Bordgerät bezahlen können. Ziel ist die Gewährleistung der Interoperabilität elektronischer Mautsysteme und ein leichter grenzüberschreitender Informationsaustausch über die Nichtzahlung von Straßenbenutzungsgebühren. Die drei betroffenen Mitgliedstaaten haben nun zwei Monate Zeit, um die Mängel zu beheben. Anderenfalls kann die Kommission im nächsten Schritt eine mit Gründen versehene Stellungnahme übermitteln.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Richtlinie \(EU\) 2019/520](#)



## STAATSMINISTERIUM DER JUSTIZ

---

### Überlegungen zur Zuständigkeitserweiterung der Europäischen Staatsanwaltschaft auf Sanktionsverstöße

Am 13.10.2022 trafen sich die Justizministerinnen und Justizminister der EU in Luxemburg im Rahmen des Rates Justiz und Inneres. Mit anwesend waren auch Justizkommissar *Reynders* und die Europäische Generalstaatsanwältin *Kövesi*. Bei dem Treffen wurde eine mögliche Zuständigkeitserweiterung der Europäischen Staatsanwaltschaft (EUSTa) auf die Verfolgung von Verstößen gegen restriktive Maßnahmen der EU (sog. Sanktionsverstöße) angesprochen. Dafür bräuchte es nach Art. 86 Abs. 4 AEUV einen einstimmigen Beschluss des Europäischen Rates. In der anschließenden Pressekonferenz erklärte Justizkommissar *Reynders*, dass die ersten Reaktionen der Ministerinnen und Minister auf die Zuständigkeitserweiterung positiv ausgefallen sei. Grundlage für die Ausweitung der Zuständigkeit der EUSTa wäre zunächst ein Ratsbeschluss zur Erweiterung der Kriminalitätsbereiche des Art. 83 Abs. 1 AEUV um Sanktionsverstöße. Ein solcher soll noch im Oktober 2022 gefasst werden, derzeit wartet man noch auf die Zustimmung Deutschlands. Im Anschluss wird die Kommission einen Richtlinienvorschlag zur Harmonisierung der Strafbarkeit von Sanktionsverstößen vorlegen. Dieser ist nach den Ausführungen von Justizkommissar *Reynders* bereits ausgearbeitet. Eine Zuständigkeitsausweitung der EUSTa auf diesen Bereich brauche aber noch einer vertieften Bewertung und Diskussion.

[Pressemitteilung des Rats](#) (in englischer Sprache)

[Pressekonferenz nach dem Treffen](#)

### Rat der Justizministerinnen und Justizminister in Luxemburg

Am 13.10.2022 trafen sich die Justizministerinnen und Justizminister der EU in Luxemburg im Rahmen des Rates Justiz und Inneres. Zentrales Thema war der Kampf gegen Straflosigkeit bei Verbrechen im Zusammenhang mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine. Zudem ging es um die effektive Umsetzung der EU-Sanktionen, etwa durch den Beschluss des Rates zur Erweiterung der Kriminalitätsbereiche des Art. 83 Abs. 1 AEUV um Sanktionsverstöße. Der Beschluss ist für den 24.10.2022 avisiert. Darüber hinaus bewerteten die Ministerinnen und Minister die Beratungen über den Richtlinienvorschlag der Kommission über den strafrechtlichen Schutz der Umwelt. Zudem fand eine Diskussion darüber statt, wie effektiv die Europäische Staatsanwaltschaft (EUSTa), die im Juni 2021 ihre Arbeit aufgenommen hatte, arbeitet. Dabei wurde auch eine Zuständigkeitsausweitung der EUSTa auf Sanktionsverstöße angesprochen (siehe dazu eigener Beitrag in diesem EB).

[Pressemitteilung des Rats](#) (in englischer Sprache)

[Pressekonferenz nach dem Treffen](#)



### **Achtes Sanktionspaket gegenüber Russland beschlossen**

Am 06.10.2022 beschlossen die EU-Mitgliedstaaten das achte Sanktionspaket gegen Russland als Reaktion auf die Scheinreferenden in den mittlerweile durch Russland annektierten Gebiete in der Ukraine (vgl. hierzu Beitrag unter „politische Schwerpunkte“). Das Sanktionspaket enthält u. a. ein Verbot von Rechtsberatung für die Regierung Russlands oder für in Russland niedergelassene juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen. Es gibt aber Ausnahmen. So gilt das Verbot etwa nicht für Rechtsberatungen, „die für die Wahrnehmung des Rechts auf Verteidigung in Gerichtsverfahren und des Rechts auf einen wirksamen Rechtsbehelf unbedingt erforderlich sind“ (vgl. neuer Art. 5n der Verordnung (EU) Nr. 833/2014).

[Pressemitteilung des Rats zum Sanktionspaket](#)

[Veröffentlichung im Amtsblatt der EU](#)

### **Kommission begrüßt US-Erlass für neuen transatlantischen Datenschutzrahmen**

Am 07.10.2022 unterzeichnete US-Präsident *Biden* einen Erlass, der den Weg für ein neues Datenschutzabkommen zwischen den USA und der EU ebnet. Der Erlass sieht striktere Vorgaben für den Zugang von US-Geheimdiensten zu Daten von EU-Bürgern vor. Ein zentrales Element ist zudem ein zweistufiger Mechanismus für EU-Bürger, sich über einen aus ihrer Sicht widerrechtlichen Zugriff zu beschweren. Damit sollen die Hindernisse überwunden werden, an dem das vorherige Datenschutzabkommen am EuGH gescheitert war. Auf dieser Grundlage wird die Kommission nun einen Entwurf für einen Angemessenheitsbeschluss ausarbeiten und das Annahmeverfahren einleiten. Die EU und die USA hatten sich im März dieses Jahrs grundsätzlich auf ein neues Datenschutzabkommen verständigt, das die Weitergabe persönlicher Daten an US-Digitalkonzerne ermöglichen soll. Der EuGH hatte das vorherige Datenschutzabkommen „Privacy Shield“ im Juli 2020 für ungültig erklärt („Schrems II Urteil“, Rs. C-311/18) (siehe auch Beitrag des StMI in diesem EB).

[Fragen und Antworten zum EU-US Datenschutzabkommen](#) (in englischer Sprache)

### **Ausschuss des Europäischen Parlaments positioniert sich zur Einrichtung einer Plattform für gemeinsame Ermittlungsgruppen**

Am 10.10.2022 nahm der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres des Europäischen Parlaments (EP) seine Verhandlungsposition zum Verordnungsvorschlag zur Entwicklung einer Plattform für die Zusammenarbeit gemeinsamer Ermittlungsgruppen („joint investigation teams“ – JITs) an. Der Vorschlag zielt darauf ab, die Effizienz und Wirksamkeit der Ermittlungen und Strafverfolgungsmaßnahmen im Rahmen einer JIT in grenzüberschreitenden Fällen zu erhöhen. Mit der Kooperationsplattform soll die Kommunikation und Zusammenarbeit innerhalb der JITs erleichtert werden. Anders als im Kommissionsvorschlag vom 01.12.2021 vorgesehen, wollen die Abgeordneten jedoch auch sicherstellen, dass die Europäische Staatsanwaltschaft (EUSTa) und internationale Gerichte, insbesondere der Internationale Strafgerichtshof



(IStGH), an den JITs teilnehmen können. Auch soll die neue Plattform bereits ein Jahr früher aktiviert werden (bis spätestens 2025). Der Rat hatte seine Allgemeine Ausrichtung bereits am 09.06.2022 angenommen. Die interinstitutionellen Verhandlungen mit Rat und Kommission (sog. Trilog) können beginnen, sofern das Plenum des EP Ende Oktober 2022 keine Einwände erhebt.

[Pressemitteilung des EP](#) (in englischer Sprache)

### **EuGH urteilt zu Ausgleichsanspruch für Fluggäste bei verspätetem Anschlussflug**

Am 06.10.2022 urteilte der EuGH, dass Fluggäste einen Anspruch auf Ausgleichszahlung nach der Fluggastrechteverordnung (Verordnung Nr. 261/2004) wegen großer Verspätung auch bei einem Flug mit direkten Anschlussflügen haben, bei dem die Flüge von unterschiedlichen Luftfahrtunternehmen durchgeführt werden (Rs. C-436/21).

Im zugrunde liegenden Sachverhalt klagte Flightright in Deutschland für eine Passagierin auf eine Ausgleichszahlung von 600 € nach der Fluggastrechteverordnung. Die Passagierin war aus Deutschland losgeflogen und mit mehr als vier Stunden Verspätung an ihrem Ziel Kansas City (USA) angekommen. Sie hatte den gesamten Flug in einem Reisebüro gebucht, das ihr ein einheitliches elektronisches Ticket ausgestellt hatte. Von Stuttgart nach Zürich flog sie mit der Fluggesellschaft Swiss und danach mit American Airlines über Philadelphia nach Kansas City. Verspätet war nur der letzte der drei Teilflüge. Der BGH legte dem EuGH den Rechtsstreit vor und fragte, ob der letzte der drei Teilflüge ein „direkter Anschlussflug“ im Sinne der Fluggastrechteverordnung sei. Das bejahte der EuGH nun. Der Begriff „direkter Anschlussflug“ bezeichne einen Flug mit Ausgangspunkt in der EU, der aus mehreren Flügen mit unterschiedlichen Airlines bestehe, sofern das Reisebüro dafür einen Gesamtpreis in Rechnung gestellt und ein einheitliches Ticket ausgestellt habe. Über die Klage von Flightright muss nun der BGH entscheiden. Er ist dabei an die Auslegung der Fluggastrechteverordnung durch den EuGH gebunden.

[Pressemitteilung des EuGH](#)

[Urteilstext des EuGH](#)





## STAATSMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT UND KULTUS

---

### Kommission präsentiert Vorschlag für ein „Europäisches Jahr der Kompetenzen 2023“

Am 12.10.2022 hat die Kommission ihren Vorschlag für eine Entscheidung des Europäischen Parlaments (EP) und des Rats zu einem „Europäischen Jahr der Kompetenzen 2023“ vorgelegt (siehe hierzu Beiträge des StMAS und StMWK in diesem EB). Ziel des Aktionsjahres soll die Bekämpfung des Fachkräftemangels sein, insbesondere durch:

die Förderung verstärkter und integrativer Investitionen in die Aus- und Weiterbildung; die Anpassung der Kompetenzen an die Bedarfe des Arbeitsmarkts durch eine enge Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern sowie den Bildungs- und Ausbildungsanbietern; die Aktivierung von Menschen für den Arbeitsmarkt, die sich derzeit nicht in Bildung, Beschäftigung oder Ausbildung befinden sowie die Gewinnung von Menschen aus Drittländern unter anderem durch eine Stärkung der Lernmöglichkeiten und der Mobilität sowie durch die Erleichterung der Anerkennung von Qualifikationen.

Konkrete neue Maßnahmen wurden in dem vorgelegten Entwurf für die Entscheidung bislang nicht vorgestellt. Die Kommission verweist insoweit zunächst auf die Nutzung der bestehenden EU-Fördermöglichkeiten und EU-Initiativen. Die Organisation auf nationaler und regionaler Ebene soll in der Verantwortung der Mitgliedstaaten liegen. Diese werden ergänzend aufgefordert, eine(n) nationale(n) ressortübergreifende(n) Koordinator/in für das Aktionsjahr zu benennen. Das Aktionsjahr soll aus vorhandenen ESF+ Mitteln ein eigenes Budget von 9,3 Mio. € erhalten. Die Verhandlungen zwischen Rat und EP sollen schnell durchgeführt werden, um den vorgelegten Entscheidungsentwurf noch in diesem Jahr zu verabschieden. Auf Seiten des Rates beginnen die Verhandlungen in der federführenden Ratsarbeitsgruppe für Sozialfragen in der nächsten Woche.

[Pressemitteilung der Kommission mit Verknüpfung zum Kommissionsvorschlag](#)



## STAATSMINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST

### KULTUR

#### Mobilitätsprogramm „Culture Moves Europe“ gestartet

Am 10.10.2022 hat die Kommission ihr neues Mobilitätsprogramm für Künstler und Kulturschaffende, „Culture Moves Europe“, im Rahmen einer Veranstaltung mit Kommissarin *Mariya Gabriel* gestartet. Das Programm wird Künstlern, Kunst- und Kulturschaffenden aus allen Kultursparten ermöglichen, ins Ausland zu gehen, um sich beruflich weiterzuentwickeln oder internationale Kooperationen einzugehen, gemeinsam zu produzieren und ihre Werke einem neuen Publikum zu präsentieren. Hierfür werden bis 2025 insgesamt 21 Mio. € aus dem Kulturförderprogramm Kreatives Europa zur Verfügung gestellt, womit bis zu 7000 Personen gefördert werden sollen.

Ab jetzt haben Interessierte bis zum 31.05.2023 Zeit, sich für eine Förderung zu bewerben. Durchgeführt wird das Programm vom Goethe-Institut.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Informationen der Kommission zu „Culture Moves Europe“](#) (in englischer Sprache)

[Informationen des Goethe-Instituts](#)

### FORSCHUNG/HOCHSCHULEN

#### Kommission legt Vorschlag für Europäisches Jahr der Kompetenzen 2023 vor

Entsprechend der Ankündigung von Kommissionspräsidentin *Ursula von der Leyen* in ihrer Rede zur Lage der Union am 14.09.2022 (EB 14/22) hat die Kommission am 12.10.2022 nunmehr einen Vorschlag für eine Entscheidung des Europäischen Parlaments und des Rates vorgelegt, 2023 zum auf die Aus- und Weiterbildung ausgerichteten Europäischen Jahr der Kompetenzen („European Year of Skills“) auszurufen.

Vor dem Hintergrund des immer größeren Fachkräftemangels in ganz Europa sollen im kommenden Jahr Anstrengungen intensiviert werden, Investitionen in die Aus- und Weiterbildung auf allen Ebenen zu verstärken, Kompetenzen besser auf die Bedarfe des Arbeitsmarkts abzustimmen und Drittstaatenangehörige mit den in der EU benötigten Fähigkeiten anzuwerben. Dabei soll vor allem auf bestehenden Initiativen, wie der Europäischen Kompetenzagenda, der Innovationsagenda oder auch der Europäischen Hochschulstrategie aufgebaut und bestehende Programme wie Erasmus+ und Horizont Europa herangezogen werden. (siehe hierzu auch Beiträge des StMAS und StMUK in diesem EB).

[Pressemitteilung der Kommission](#)



### Deep-Tech-Initiative des EIT soll eine Millionen Talente qualifizieren

Das Europäische Innovations- und Technologieinstitut (EIT) hat am 11.10.2022 die sogenannte *Deep-Tech-Talent-Initiative* gestartet, die eine wichtige Maßnahme im Rahmen der am 05.07.2022 veröffentlichten Neuen Europäischen Innovationsagenda (EB 13/22) ist. Bis 2025 soll damit die Qualifikation von 1 Mio. Menschen bezüglich neuester Innovationen unterstützt werden (z. B. im Bereich künstliche Intelligenz, Blockchain, Robotik, Quantencomputer, Cleantech usw.). Das EIT will dabei sein Netzwerk von über 3.400 Partnern und über 70 Zentren in ganz Europa mobilisieren, um hochmoderne Ausbildungsprogramme zu entwickeln. Die Programme sollen europäischen Talenten aller Bildungsstufen offenstehen, von Schülern der Sekundarstufe bis hin zu Hochschulstudenten, Unternehmen sowie Anbietern von allgemeiner und beruflicher Bildung. (siehe hierzu Beitrag des StMAS in diesem EB)

[Pressemitteilung des EIT](#) (in englischer Sprache)

### Leibniz-Rechenzentrum in Garching einer von sechs europäischen Quantencomputern

Am 04.10.2022 hat das Europäische Gemeinsame Unternehmen für Hochleistungsrechnen (GU EuroHPC) die zukünftigen Standorte für sechs Quantencomputer in der EU bekannt gegeben (siehe hierzu Beitrag des StMD in diesem EB). Diese sollen demnach in Deutschland, Tschechien, Frankreich, Italien, Polen und Spanien stehen. Der deutsche Standort wird das Leibniz-Rechenzentrum (LRZ) der Bayerischen Akademie der Wissenschaften in Garching sein.

Das GU EuroHPC wurde in der jetzigen Form im Jahr 2021 gegründet und soll die Kräfte in Europa auf dem Gebiet von Super- und Quantumcomputing bündeln, um die Union mit einer föderierten, sicheren und hypervernetzten Hochleistungsrecheninfrastruktur auszustatten und gleichzeitig ein europäisches Innovationsökosystem für Hochleistungsrechnen und Quanteninformatik von Weltrang zu fördern (EB 13/21). An den ausgewählten sechs Standorten soll die Technologie des Quantum Computing nunmehr entscheidend vorgebracht werden. Hierfür werden 100 Mio. € bereitgestellt, zur Hälfte aus dem Programm „Digitales Europa“ und zur anderen Hälfte von den 17 am GU EuroHPC beteiligten Ländern.

[Pressemitteilung des EuroHPC JU](#) (in englischer Sprache)

[Pressemitteilung des LRZ](#)

### EIT Awards 2022: zwei Gewinner aus Bayern

Das Europäische Innovations- und Technologieinstitut (EIT) hat am 12.10.2022 die Gewinner des „EIT Awards 2022“ bekanntgegeben (siehe hierzu auch Beitrag des StMWi in diesem EB). Mit diesem renommierten Innovationspreis werden in vier Kategorien die drei vielversprechendsten Unternehmer aus dem Innovations-Ökosystem des EIT in ganz Europa ausgezeichnet. Dieses Jahr sind zwei Innovatoren aus Bayern auf der Gewinnerliste: *Catherine Schreiber* (ADVITOS) erhält in der Kategorie Women Leadership Award den ersten



Europabericht der Vertretung des Freistaates Bayern bei der EU  
Nr. 16/2022 vom 17.10.2022



Preis in Höhe von 50.000 € und *Hans Heyn* (Smart4Diagnostics) in der Kategorie Venture Award den dritten Preis in Höhe von 10.000 €. Sie wurden jeweils für ihre Innovationen im Bereich Gesundheit ausgezeichnet.

[Pressemitteilung des EIT](#) (in englischer Sprache)



## STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN UND FÜR HEIMAT

### **Euro-Gruppe am 03.10.2022: u. a. makroökonomische Lage im Euroraum und digitaler Euro**

Am 03.10.2022 fand die Sitzung der Euro-Gruppe statt. Für Deutschland nahm *Christian Lindner* als Bundesfinanzminister teil, der im Vorlauf zu den Beratungen der Euro-Gruppe über den von der Bundesregierung vorgestellten wirtschaftlichen Abwehrschirm sprach, welcher im Umfang von 200 Mrd. € bis 2024 laufe. Da es das Ziel sei, diesen Abwehrschirm während seiner Laufzeit nicht voll auszuschöpfen, führe er seiner Ansicht nach nicht zur Vergrößerung der Fragmentierung innerhalb der Eurozone.

Zunächst diskutierten die Finanz- und Wirtschaftsminister über die makroökonomische Situation im Euro-Währungsgebiet sowie über die politische Reaktion auf hohe Energiepreise und Inflationsdruck. Sie sprachen über notwendige zielgerichtete und temporäre Entlastungen in dem Verständnis, dass die Fiskalpolitik den Preisdruck nicht weiter erhöhen sollte. Des Weiteren führten die Minister eine Diskussion zu den Prioritäten des Euroraums in den Aufbau- und Resilienzplänen der Mitgliedstaaten sowie zur Umsetzung der Empfehlungen des Rates zur Wirtschaftspolitik des Euro-Währungsgebiets. Sie führten zudem einen Gedankenaustausch über die wirtschaftlichen Herausforderungen und politischen Prioritäten für den Euroraum angesichts der jüngsten Entwicklungen sowie über die Geschäftsmodelle öffentlicher und privater Teilnehmer im digitalen Euro-Ökosystem.

[Wichtigste Ergebnisse der Tagung der Euro-Gruppe am 03.10.2022](#) (in englischer Sprache)

[Anmerkungen des Vorsitzenden der Euro-Gruppe \*Pascal Donohoe\* im Anschluss an die Tagung der Euro-Gruppe vom 03.10.2022](#) (in englischer Sprache)

[Erklärung der Euro-Gruppe zur fiskalpolitischen Reaktion auf hohe Energiepreise und Inflationsdruck](#) (in englischer Sprache)

### **ECOFIN-Sitzung am 04.10.2022: u. a. Energiepreise und REPowerEU**

Am 04.10.2022 kamen die 27 Finanz- und Wirtschaftsminister im Format des Rates für Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN) zusammen. *Christian Lindner* äußerte sich vor der Tagung des Rates zur Dämpfung des Schocks in Europa und wies Forderungen nach neuen gemeinsamen EU-Schulden zurück, die in der Folge des von Deutschland angekündigten Abwehrschirms laut geworden waren.

Der ECOFIN-Rat legte insbesondere seinen Standpunkt („Allgemeine Ausrichtung“) zur Änderungsverordnung der Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF) fest. Auf Basis dieser Änderungsverordnung sollte REPowerEU mit der ARF verknüpft und die Aufbau- und Resilienzpläne (ARP) der Mitgliedstaaten entsprechend angepasst werden (Kapitel mit REPowerEU-Maßnahmen). In seinem Standpunkt änderte der Rat die Mittelherkunft für REPowerEU sowie den Allokationsschlüssel der von der Kommission vorgeschlagenen zusätzlichen 20 Mrd. €

Die Minister erörterten auch die wirtschaftlichen und finanziellen Folgen des Ukraine-Krieges auf die EU-Wirtschaft sowie billigten den ARP der Niederlande. Sie führten eine Diskussion zur fiskalischen und nicht-



fiskalischen Rolle des Zolls in der EU mit dem Ziel, eine politische Orientierung über eine mögliche Reform der EU-Zollunion herbeizuführen, sowie billigten eine aktualisierte EU-Liste nicht kooperativer Länder und Gebiete für Steuerzwecke.

[Wichtigste Ergebnisse der ECOFIN-Tagung am 04.10.2022](#) (in englischer Sprache)

[Pressekonferenz am 04.10.2022](#)

## WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION

### ECON-Ausschuss am 29.09.2022: Aussprache mit *Fabio Panetta* zum digitalen Euro

Am 29.09.2022 fand eine Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Währung (ECON) im Europäischen Parlament (EP) statt, an der *Fabio Panetta*, Mitglied des EZB-Direktoriums, Abgeordnete über die Fortschritte beim digitalen Euro informierte.

Der Rat der Europäischen Zentralbank (EZB) hat bereits eine erste Reihe von grundlegenden Gestaltungsoptionen beschlossen: Er würde lt. *Panetta* insbesondere Optionen prüfen, die es dem digitalen Euro ermöglichen könnten, einige bargeldähnliche Merkmale zu replizieren und bei Transaktionen mit niedrigen Beträgen ein höheres Maß an Privatsphäre zu bieten. *Panetta* führte weiter aus, dass aktuell das zweite Jahr der Untersuchungsphase des Projekts zum digitalen Euro läuft. Eine Entscheidung, ob die EZB zur Realisierungsphase übergeht oder nicht, werde im Oktober 2023 getroffen. Er stellte weitere Gestaltungsoptionen des digitalen Euro vor: Rolle der Intermediäre und „Scheme für den digitalen Euro“, damit er für alle verfügbar ist.

Er betonte insbesondere, dass die Intermediäre, also die Banken, für die Eröffnung von Konten und E-Wallets zuständig wären. Sie würden die „Know-your-Customer“-Verfahren zur Kundenidentifizierung anwenden und Anti-Geldwäsche-Prüfungen durchführen. Ein „Scheme für den digitalen Euro“ würde einen gemeinsamen Rahmen für die Intermediäre des Euroraums bieten, um Produkte und Dienstleistungen auf der Grundlage eines digitalen Euro zu entwickeln. Darin wären eine Reihe gemeinsamer operativer Regeln und technischer Standards festgelegt, die die Intermediäre befolgen müssten, um den Endnutzern Lösungen für einen digitalen Euro anzubieten.

[Pressemitteilung des EP vom 29.09.2022](#) (in englischer Sprache)

[Stream der Ausschusssitzung vom 29.09.2022](#)

[EZB-Bericht - Fortschritte bei der Untersuchungsphase eines digitalen Euro](#) (in englischer Sprache)

[Einleitende Bemerkungen von Fabio Panetta vor dem ECON-Ausschuss](#)





### **Christophe Frankel als Interimsgeschäftsführer des ESM**

Der langjährige stellvertretende geschäftsführende Direktor, Christophe Frankel, hat am 08.10.2022 die Leitung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) übernommen. Dies solle lt. Pressemitteilung des ESM längstens bis zum 31.12.2022 bzw. bis zur Ernennung eines neuen geschäftsführenden Direktors gelten.

[Pressemitteilung des ESM vom 06.10.2022](#) (in englischer Sprache)

## **EU-HAUSHALT**

### **BUDG-Ausschuss: u. a. EU-Haushalt 2023**

Am 03.10.2022 fand eine Sitzung des Haushaltsausschusses (BUDG) im Europäischen Parlament (EP) statt. Der Ausschuss befasste sich u. a. mit dem EU-Haushalt 2023.

Der BUDG-Ausschuss hat seinen Standpunkt zum EU-Haushalt 2023 angenommen. Die Abgeordneten haben die vom Rat vorgenommenen Kürzungen (insgesamt 1,64 Mrd. €) rückgängig gemacht und damit den Haushaltsentwurf wieder auf das von der Kommission ursprünglich vorgeschlagene Niveau gebracht. Darüber hinaus erhöhten die Abgeordneten die Mittel für Programme und Politikbereiche, die sie für die Bewältigung der Folgen des Ukraine-Krieges sowie der Energiekrise für unerlässlich halten: Forschungsprogramm Horizont Europa (+311 Mio. € über dem Haushaltsentwurf der Kommission), Fazilität „Connecting Europe“ (+90 Mio. €), Programm „Digitales Europa“ (+251 Mio. €) und LIFE-Programm für Umwelt und Klimapolitik (+60 Mio. €). Die Unterstützung für KMU wurde unter Berücksichtigung der hohen Energiepreise um 10 Mio. € ebenfalls aufgestockt.

[Pressemitteilung des EP vom 03.10.2022](#) (in englischer Sprache)

### **Jährliche EU-Haushaltskonferenz 2022**

Am 10.10.2022 hat in Brüssel die jährliche EU-Haushaltskonferenz stattgefunden. Der EU-Kommissar für Haushalt und Verwaltung, *Johannes Hahn*, erklärte, dass Europas Rolle auf der Weltbühne gestärkt werden müsse. Er betonte drei Prioritäten des EU-Haushaltes: als Ausgangspunkt – vorausschauende Finanzierung („grüner Übergang“), ein nach außen gerichteter zukunftsorientierter EU-Haushalt (Erweiterung von Netzwerken strategischer Partnerschaften), unteilbare Sicherheit Europas mit einem gemeinsamen Verteidigungsansatz (Europäischer Verteidigungsfonds i. H. v. fast 8 Mrd. €). Im Hinblick auf den Ukraine-Krieg bekräftigte der Kommissar die europäische Solidarität mit dem Land und die Bereitschaft, kurzfristige Entlastungen (Ukraine benötigt monatlich 3 - 3,5 Mrd. €) zu gewähren sowie langfristige Wiederaufbaubemühungen auf EU-Ebene fortzusetzen.

[Eröffnungsrede von Johannes Hahn auf der Jahreshaushaltskonferenz 2022](#) (in englischer Sprache)



## STEUERN

### Studie der europäischen Steuerbeobachtungsstelle zur modernen Übergewinnsteuer

Ähnlich wie die unabhängige Kommission für die Reform der internationalen Unternehmensbesteuerung („ICRIT“) hat die europäische Steuerbeobachtungsstelle („European Tax Observatory“) die Einführung einer modernen Übergewinnsteuer vorgeschlagen.

Es geht dabei um die Besteuerung von Unternehmen, die von außergewöhnlichen Umständen profitieren (z. B. Energieunternehmen infolge des Ukraine-Krieges). Der Vorschlag betrifft Unternehmen, die ihren Hauptsitz oder Vertrieb in der EU haben (ca. 299 Unternehmen mit hohen Gewinnen). Der Steuersatz sollte 33 % betragen. In diesem Fall würde die Steuer lt. Studie rund 80 Mrd. € an Einnahmen für die EU (0,4 % des BIP) generieren (im Zeitraum von Januar bis September 2022).

[Pressemitteilung der europäischen Steuerbeobachtungsstelle vom 28.09.2022](#) (in englischer Sprache)

[Studie zur modernen Übergewinnsteuer](#) (in englischer Sprache)

### Vertragsverletzungsverfahren: Methode zur Berechnung bestimmter Entgeltersatz- und Arbeitslosenleistungen

Die Kommission hat am 29.09.2022 beschlossen, Deutschland ein Aufforderungsschreiben wegen seiner Methode zur Berechnung bestimmter Entgeltersatz- und Arbeitslosenleistungen zu übermitteln, die gegen Art. 45 AEUV bzw. gegen die ständige Rechtsprechung des EuGH (C-172/11, Erny) zu verstoßen bzw. in Deutschland beschäftigte und in einem Nachbarland wohnhafte Arbeitnehmer/innen zu benachteiligen scheint. Denn nach dem deutschen Recht werden mehrere Leistungen wie beispielsweise das Kurzarbeitergeld, das Arbeitslosengeld und das Krankengeld auf Nettoentgeltbasis berechnet. Dies bedeutet, dass der Betrag um eine fiktive deutsche Einkommensteuer reduziert wird, während die Leistung selbst in Deutschland steuerbefreit ist. Wenn die betroffenen Arbeitnehmer/innen (Grenzgänger/innen) in Deutschland arbeiten und in einem anderen Mitgliedstaat wohnen, dem die Besteuerungsrechte für diese Leistungen ausschließlich zugewiesen sind, werden sie weniger günstig behandelt als in Deutschland ansässige Arbeitnehmer/innen. Denn diese gebietsfremden Grenzgänger/innen müssen in ihrem Heimatland Steuern auf die auf Nettoentgeltbasis berechneten Leistungen zahlen, ohne eine Anrechnungsmöglichkeit für die in Deutschland erfolgte fiktive Besteuerung zu haben.

[Pressemitteilung der Kommission vom 29.09.2022](#)

### Studie der Bocconi Universität zum US-Gesetz FATCA

Laut einer Studie der Bocconi Universität, welche vom Petitionsausschuss in Auftrag gegeben wurde, reagiere die Kommission mit einer Politik der „institutionellen Nachsicht“ auf die Auswirkungen des US-Gesetzes FATCA (Foreign Accounts Tax Compliance Act). Dieses Gesetz findet Anwendung auf alle europäischen Bürger, die



über die amerikanische Staatsbürgerschaft verfügen. Trotz der Veröffentlichung eines Berichts zu den problematischen Auswirkungen von FATCA im Jahr 2018, fand eine Abänderung des Gesetzes oder der zwischenstaatlichen Vereinbarungen nicht statt. Infolge von Gerichtsurteilen des EuGH und einer Entschließung des Europäischen Parlaments im Jahr 2018 zu dieser Thematik hat die Kommission die Überwachung und Durchsetzung der Anwendung der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) auf die nationalen Datenschutzbehörden verlagert.

[Studie](#) (in englischer Sprache)

### **Besteuerung von Kryptovermögenswerten und Nutzung der Blockchain für eine bessere Steuererhebung**

Am 04.10.2022 hat das Europäische Parlament (EP) mit 566 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und 47 Enthaltungen eine von *Lídia Pereira (EVP, PT)* vorgestellte Entschließung über Auswirkungen neuer Technologien auf die Besteuerung von Kryptowerten und der Blockchain-Technologie angenommen.

Das Ziel der Entschließung ist es u. a., die Kohärenz zwischen den nationalen und europäischen Rechtsvorschriften zu fördern und hierzu eine gemeinsame Definition eines Steuertatbestands bzw. Definition von Kryptowerten festzulegen. Vor allem sollte der Anwendungsbereich der Richtlinie über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden so geändert werden, dass Kryptowerte und E-Geld in den Rahmen zum Informationsaustausch im Bereich der Besteuerung einbezogen werden. Das Ziel ist es, Schlupflöcher für die Steuervermeidung durch die Nutzung von Kryptoassets zu schließen und der Steuerverwaltung notwendige Informationen zur Bewertung der Kryptovermögenswerte bereitzustellen.

[Text der Entschließung](#)

### **EuGH: Im Rahmen eines Unterbeteiligungsvertrags sind erbrachte Finanzdienstleistungen von der Mehrwertsteuer befreit**

Am 06.10.2022 hat der EuGH sein Urteil über die Rechtssache C-250/21 erlassen und entschieden, dass im Rahmen eines Unterbeteiligungsvertrages erbrachte Finanzdienstleistungen an den Originator von der Mehrwertsteuer befreit sind, da diese unter den Begriff der Kreditgewährung im Sinne der Richtlinie 2006/112/EG des Rates vom 28. November 2006 über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem (Mehrwertsteuerrichtlinie) fallen.

Die von einem Unterbeteiligten erbrachten Dienstleistungen fallen in den Anwendungsbereich der Mehrwertsteuerrichtlinie, da sie gegen Entgelt erbracht werden. Dies ergebe sich aus dem zwischen dem Leistenden und dem Leistungsempfänger bestehenden Rechtsverhältnis, in dessen Rahmen gegenseitige Leistungen ausgetauscht werden. Die Form der dem Unterbeteiligten gezahlten Vergütung sei für die Frage, ob seine Leistung entgeltlich ist oder nicht, unerheblich. Die Dienstleistung, die der Unterbeteiligte dem Originator im Rahmen des zwischen ihnen geschlossenen Vertrags erbringe, erschöpfe sich in einer einzigen



Leistung, die im Wesentlichen in der Auszahlung von Kapital gegen Entgelt bestehe und somit vom Begriff der „Gewährung von Krediten“ im Sinne von Art. 135 Abs. 1 Buchst. b der Mehrwertsteuerrichtlinie erfasst sei. Weiterhin weist der EuGH darauf hin, dass der Unterbeteiligte das jedem Kreditgeschäft inhärente Kreditrisiko trage.

[Pressemitteilung des EuGH vom 06.10.2022](#)

[Urteil des EuGH vom 06.10.2022](#) (in französischer Sprache)

### **Europäisches Parlament billigt digitales Instrument zur Rationalisierung der Handelsströme im Zollwesen**

Am 04.10.2022 hat das Plenum des Europäischen Parlaments (EP) mit 618 Stimmen bei 2 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen die am 19.05.2022 erzielte politische Einigung zur Einrichtung der Single-Window-Umgebung der EU für den Zoll gebilligt. Das Instrument zielt darauf ab, den Handel zu erleichtern, den Verwaltungsaufwand zu verringern und die digitale Zusammenarbeit zwischen den Behörden zu verbessern.

Nach vollständiger Umsetzung können Unternehmen und Händler ihre Dokumentationsanforderungen mittels einer Eintragung in einem Portal erfüllen, über welches die Zollbehörden automatisch und digital überprüfen können, ob die betreffenden Waren den EU-Anforderungen entsprechen und ob die erforderlichen Formalitäten eingehalten wurden. Dadurch können langwierige Kontrollvorgänge an den EU-Grenzen vermieden sowie zugleich ein Überblick über die exportierten und importierten Waren auf EU-Ebene geschaffen werden. Dies fördert zudem die Entwicklung eines digitalen Binnenmarktes und einer koordinierten Zollverwaltung.

[Pressemitteilung des EP vom 04.10.2022](#) (in englischer Sprache)

[Entschließung und Standpunkt des EP vom 04.10.2022](#)



## STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, LANDESENTWICKLUNG UND ENERGIE

### WIRTSCHAFT MIT BINNENMARKT UND INDUSTRIE

#### Russland-Ukraine-Konflikt: Europäisches Parlament und Rat nehmen FAST-CARE an

Das Europäische Parlament (EP) und der Rat haben am 04.10.2022 bzw. 13.10.2022 den Kommissionsvorschlag „Flexible Unterstützung der Gebiete“ (Flexible Assistance to Territories/FAST-CARE) angenommen. Die von der Kommission am 29.06.2022 vorgeschlagene neue Gesetzgebung (EB 12/22) vereinfacht die Regeln für Mitgliedstaaten, die Mittel aus der Kohäsionspolitik nutzen, um die durch die russische Aggression in der Ukraine verursachten Herausforderungen in den Bereichen Migration und Investitionen zu bewältigen. Wie auch schon der Ausschuss für regionale Entwicklung (REGI) des EP (EB 14/22) und der Rat stimmte das Plenum dem Text ohne Änderungen zu. Die anschließende Genehmigung des Rates war Formsache. Der Vorschlag wird am Tag nach seiner Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union in Kraft treten.

[Pressemitteilung des EP](#) (in englischer Sprache)

[Pressemitteilung des Rates](#)

#### Einheitliche Ladegeräte für Mobiltelefone und Tablets: Europäisches Parlament nimmt politische Einigung formell an

Das Europäische Parlament (EP) hat am 04.10.2022 die im Juni zwischen EP, Rat und Kommission erzielte politische Einigung über den Richtlinienvorschlag für einheitliche Ladegeräte für Mobiltelefone und Tablets (EB 11/22) bestätigt. Damit müssen bis Ende 2024 alle Mobiltelefone, Tablets und Kameras, die in der EU verkauft werden, einen USB-C-Ladeanschluss haben. Ab Frühjahr 2026 gilt das auch für Laptops.

Dadurch, dass künftig ein einziges Ladegerät für eine Vielzahl von elektronischen Geräten reicht, soll Elektroschrott abgebaut und nachhaltiger Konsum angeregt werden. Des Weiteren sollen spezielle Etiketten über die Ladeigenschaften neuer Geräte informieren. Dadurch soll sich leichter feststellen lassen, ob bereits vorhandene Ladegeräte damit kompatibel sind und verwendet werden können, was zu einer weiteren Vermeidung von Elektroschrott führen soll.

Sobald auch der Rat die Einigung förmlich gebilligt hat, kann diese am 20. Tag nach ihrer Veröffentlichung im EU-Amtsblatt in Kraft treten. Die Mitgliedstaaten haben anschließend zwölf Monate Zeit, um die Richtlinie in nationales Recht umzusetzen, und zwölf Monate nach dem Ende der Umsetzungsfrist müssen sie sie anwenden.

[Pressemitteilung des EP](#)



### Europäisches Parlament und Rat erzielen politische Einigung zur EU-Normungsstrategie

Die Verhandlungsführer von Rat und Europäischem Parlament (EP) haben am 12.10.2022 eine politische Einigung über die Änderung der europäischen Normungsverordnung erzielt. Diese wurde von der Kommission am 02.02.2022 als Teil der Normungsstrategie vorgelegt (EB 03/22). Die bisherige Normungsverordnung bildet den Rahmen für den europäischen Normungsprozess und ermöglicht es der Kommission, die drei europäischen Normungsorganisationen CEN, Cenelec und ETSI mit der Ausarbeitung europäischer Normen zur Unterstützung des EU-Rechts zu beauftragen. Durch die überarbeitete Verordnung soll es ermöglichen, dass bei Aufträgen der Kommission an diese Organisationen, wichtige Entscheidungen im Normungsentwicklungsprozess von den nationalen Normungsgremien getroffen werden. Besonders wichtig sei dies in den Bereichen Cybersicherheit und Wasserstoff. Sobald Rat und EP die politische Einigung förmlich bestätigt haben, wird diese im EU-Amtsblatt veröffentlicht und kann anschließend in Kraft treten.

[Pressemitteilung des Rates](#) (in englischer Sprache)

[Pressemitteilung der Kommission](#)

### Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe: EP-Ausschuss legt Position fest

Die Abgeordneten des federführenden Verkehrsausschusses des Europäischen Parlaments (EP) haben am 03.10.2022 den Standpunkt des EP zum Verordnungsvorschlag zum Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe (AFIR) angenommen. Die Verordnung zielt darauf ab, den Aufbau von Aufladestationen oder alternativen Tankstellen (Elektro- und Wasserstofftankstellen) voranzutreiben. Im Vergleich zum Kommissionsvorschlag schlagen die Abgeordneten u. a. vor, mehr Wasserstofftankstellen entlang der Hauptverkehrsstraßen der EU einzurichten (alle 100 km statt alle 150 km bis 2028 statt bis 2031).

Ebenfalls angenommen wurde der Bericht zum Verordnungsvorschlag über die Nutzung erneuerbarer und kohlenstoffarmer Kraftstoffe im Seeverkehr (FuelEU Maritime). Ziel ist es, die Treibhausgasemissionen von Schiffen im Seeverkehr ab 2025 um 2 %, ab 2035 um 20 % (Kommissionsvorschlag 13 %) und ab 2050 um 80 % (Kommissionsvorschlag 75 %) zu senken.

Sobald die Haltungen des EP im Plenum endgültig festgelegt sind, können die Trilog-Verhandlungen zwischen EP, Rat und Kommission beginnen, da der Rat seinen Standpunkt zu den beiden Vorschlägen bereits am 02.06.2022 (EB 10/22) festgelegt hat.

[Pressemitteilung des EP](#) (in englischer Sprache)

### Staatliche Beihilfen: Kommission konsultiert Mitgliedstaaten zur Verlängerung und Änderung des Befristeten Krisenrahmens

Die Kommission hat am 06.10.2022 den Mitgliedstaaten den Entwurf eines Vorschlags zur Verlängerung und Anpassung des am 23.03.2022 angenommenen Befristeten Krisenrahmens für staatliche Beihilfen zur Stützung der Wirtschaft infolge der russischen Invasion in der Ukraine (EB 06/22) zur Konsultation übermittelt. Sie möchte





in diesem Zusammenhang wissen, ob Änderungen in folgenden Bereichen erforderlich sind: Verlängerung des Befristeten Krisenrahmens, Erhöhung der Beihilfeobergrenzen, Anpassung angesichts der hohen Marktvolatilität, Vereinfachung und Erläuterung von Kriterien, zusätzliche Maßnahmen zur Unterstützung der Senkung der Stromnachfrage. Insbesondere mit letztgenanntem Änderungsvorschlag ergänzt der Verordnungsvorschlag die vom Rat am 06.10.2022 angenommene Verordnung über Notfallmaßnahmen als Reaktion auf die hohen Energiepreise (siehe weiteren Beitrag in diesem EB). Die Mitgliedstaaten haben nun Gelegenheit, zu dem Verordnungsvorschlag der Kommission Stellung zu nehmen.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

### **Kartellrecht: Kommission nimmt eine flexiblere Bekanntmachung über informelle Beratung an und zieht befristeten COVID-19-Rahmen zurück**

Die Kommission hat am 03.10.2022 eine überarbeitete Bekanntmachung über informelle Beratung angenommen, die es Unternehmen ermöglicht, sich bei der Anwendung der EU-Wettbewerbsregeln in neuen oder ungelösten Fragen (auch solchen, die sich in einer Krise oder einer anderen Notlage ergeben) informell von der Kommission beraten zu lassen. Die überarbeitete Bekanntmachung bietet flexiblere Voraussetzungen für die Inanspruchnahme und soll zu mehr Rechtssicherheit führen. Sie basiert auf einer Konsultation der Kommission im Mai 2022 (EB 10/22). Gleichzeitig hat die Kommission angesichts der Verbesserung der Gesundheitslage in Europa beschlossen, ihren Befristeten COVID-19-Rahmen für das Kartellrecht zurückzuziehen. Dieser im April 2020 angenommene Befristete Rahmen (EB 07/20) erlaubte es der Kommission, kartellrechtliche Fragen der Zusammenarbeit von Unternehmen vor dem Hintergrund der durch den COVID-19-Ausbruch verursachten Notsituationen zu bewerten und Unternehmen über Kooperationsprojekte, die in den Anwendungsbereich des Rahmens fielen, zu beraten. Im Falle einer Verschlechterung der Gesundheitslage können die Unternehmen von nun an auf der Grundlage der überarbeiteten Bekanntmachung die Kommission um Beratung ersuchen.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

## **TECHNOLOGIE UND INNOVATION**

### **Innovationspreis des Europäischen Instituts für Innovation und Technologie (EIT): zwei Gewinner aus Bayern**

Das Europäische Innovations- und Technologieinstitut (EIT) hat am 12.10.2022 die Gewinner des „EIT Awards 2022“ bekanntgegeben (siehe hierzu auch Beitrag des StMWK in diesem EB). Mit dem Innovationspreis werden in vier Kategorien die drei vielversprechendsten Unternehmer aus dem Innovations-Ökosystem des EIT in ganz Europa ausgezeichnet, darunter in diesem Jahr zwei Innovatoren aus Bayern: *Catherine Schreiber* (ADVITOS) in der Kategorie Women Leadership Award mit dem ersten Preis in Höhe von 50.000 € und *Hans Heyn* (Smart4Diagnostics) in der Kategorie Venture Award mit dem dritten Preis in Höhe von 10.000 €. Sie wurden



jeweils für ihre Innovationen im Bereich Gesundheit ausgezeichnet. Neben den beiden genannten Kategorien wurden auch Unternehmer in den Kategorien CHANGE Award und Innovators Award prämiert. Darüber hinaus gab es auch einen Publikumspreis für die drei beliebtesten Innovationen, über die online abgestimmt wurde.

[Pressemitteilung des EIT](#) (in englischer Sprache)

## AUßENWIRTSCHAFT

### Achtes Sanktionspaket gegenüber Russland beschlossen

Der Rat hat am 06.10.2022 ein weiteres Sanktionspaket gegen Russland beschlossen (siehe hierzu auch Beitrag unter „politische Schwerpunkte“ in diesem EB). Dieses beruht auf einem Vorschlag der Kommission vom 28.09.2022 (EB 15/22) und enthält insbesondere eine Rechtsgrundlage für eine Preisobergrenze und weitere Beschränkungen für die Beförderung von russischem Öl auf dem Seeweg in Drittländer. Was die weiteren Sanktionen im Wirtschaftsbereich betrifft, wird das Einfuhrverbot auf russische Stahlerzeugnisse erweitert und Einfuhrbeschränkungen für Zellstoff und Papier, Zigaretten, Kunststoffe und Kosmetika sowie für Steine und Edelmetalle der Schmuckindustrie eingeführt. Ferner wird die Ausfuhr von Gütern der Luftfahrt eingeschränkt und schließlich die Bereitstellung von Dienstleistungen in den Bereichen Kryptowährung, Architektur und Ingenieurwesen verboten.

[Pressemitteilung des Rates](#)

### Handel: EP-Ausschuss legt Standpunkt zum Instrumentarium zur Bekämpfung von Zwangsmaßnahmen aus Drittstaaten fest

Der federführende Handelsausschuss (INTA) des Europäischen Parlaments (EP) hat am 10.10.2022 den Entwurf für einen Bericht des EP zum Verordnungsvorschlag über den Schutz der Union und ihrer Mitgliedstaaten vor wirtschaftlichem Zwang durch Drittländer (Anti-Coercion Instrument, ACI) angenommen. Das von der Kommission am 08.12.2021 (EB 20/21) vorgeschlagene neue Instrument soll dem Schutz der strategischen und wirtschaftlichen Interessen der EU dienen. So soll die EU, wenn sie oder ein Mitgliedstaat von einem Nicht-EU-Land zu einer bestimmten politischen Entscheidung oder Haltung erpresst wird, Vergeltungsmaßnahmen wie die Aussetzung von Zollzugeständnissen oder bestimmter internationaler Verpflichtungen ergreifen können. Diese Maßnahmen sollen jedoch nur als letztes Mittel eingesetzt werden dürfen und Nicht-EU-Länder von Erpressungsversuchen abbringen.

Im Vergleich zum Kommissionsvorschlag sieht die Positionierung des EP eine Erweiterung des Anwendungsbereichs, eine Stärkung des verbindlichen Charakters des Verfahrens, die Einführung von Fristen und eine Überprüfung zur Vereinbarkeit mit dem derzeit sich in Überarbeitung befindenden Blockade-Statut in drei Jahren vor. Sobald das EP als Ganzes den Entwurf der Verhandlungsposition gebilligt und der Rat seine Position festgelegt hat, können die Trilog-Verhandlungen zwischen EP, Rat und Kommission beginnen.

[Pressemitteilung des EP](#) (in englischer Sprache)



### **EU-Norwegen: Gemeinsame Erklärung zur Bewältigung der Energiekrise**

Die EU und Norwegen sind am 06.10.2022 über Wege zur Stabilisierung der Energiemärkte übereingekommen. Während kommerzielle Akteure in ihren vertraglichen/geschäftlichen Beziehungen eine solide Grundlage für Preissenkungen schaffen könnten, müssten die Regierungen und die zuständigen Behörden zu einem stabilen Investitionsklima beitragen, u. a. durch die Förderung der Energieversorgungssicherheit und die Erhöhung der Vorhersehbarkeit. Sowohl die EU als auch Norwegen hätten bereits Maßnahmen ergriffen, um die Energienachfrage zu senken. Norwegen hätte auch die Produktion erhöht, um das Angebot zu steigern. Beide Seiten seien entschlossen, diese Bemühungen fortzusetzen, und kamen überein, gemeinsam weitere Maßnahmen zu entwickeln, um die Energiemärkte zu stabilisieren und die Auswirkungen von Marktmanipulationen und Preisschwankungen zu begrenzen. Konkret wurden die Verbesserung von Energieeffizienz und die Förderung von Infrastrukturinvestitionen als geeignete Maßnahmen genannt.

[Pressemitteilung der Kommission](#) (in englischer Sprache)

### **Außenhandel: Kommission veröffentlicht Bericht zur Umsetzung von Handelsabkommen**

Die Kommission hat am 11.10.2022 ihren zweiten Jahresbericht über die Umsetzung von Handelsabkommen veröffentlicht. Darin kommt sie zu dem Ergebnis, dass die EU-Ausfuhren zu Präferenzpartnern im Jahr 2021 erstmals die Marke von 1 Billion € überstiegen haben und im Vergleich zu 2020 stärker gestiegen sind (16 %) als die EU-Ausfuhren in alle Handelspartner (13 %). Ferner seien im Jahr 2021 44 % des EU-Handels und 24% der Einfuhr von kritischen Rohstoffen mit präferenziellen Handelspartnern vollzogen worden, wobei die Anteile mit der Einbeziehung von Abkommen, die derzeit angenommen/ratifiziert bzw. verhandelt (Australien) werden, voraussichtlich auf 47,4 % bzw. 46% steigen würden. Insgesamt seien die Ausfuhren der EU im Jahr 2021 dank der Beseitigung mehrerer Handelshemmnisse zwischen 2015 und 2020 um 7,2 Mrd. € gestiegen. Zu den im vergangenen Jahr durch die Kommission ergriffenen konkreten Maßnahmen zur Erleichterung von Ausfuhren der EU würden die Beseitigung von 39 Handelshemmnissen (u. a. zu Lebensmitteln in Kanada und Südkorea, zu Autos in Ägypten und zu Kosmetika in der Türkei) und Fortschritte bei Handelsstreitigkeiten (mit dem Vereinigten Königreich über Windenergie, mit den USA über Aluminium, mit der Türkei über Arzneimittel, mit Südkorea über Handel und Arbeit und mit Mexiko über Tequila-Exporte) zählen. Gleichzeitig leitete die Kommission mehrere neue Verfahren wegen Verstößen gegen Handelsvorschriften ein (u. a. gegen China und Ägypten).

[Pressemitteilung der Kommission](#) (in englischer Sprache)



## ENERGIE

### Hohe Energiepreise: Rat nimmt Verordnung über Notfallmaßnahmen an

Der Rat hat am 06.10.2022 die Verordnung über Notfallmaßnahmen als Reaktion auf die hohen Energiepreise angenommen. Die von der Kommission am 14.09.2022 vorgeschlagene Verordnung (EB 14/22) umfasst Maßnahmen zur Reduzierung der Stromnachfrage und zur Erhebung und Umverteilung der Überschusseinnahmen des Energiesektors an Haushalte sowie kleine und mittlere Unternehmen. Da sich die Verordnung auf Art. 122 AEUV stützt, war eine Beteiligung des Europäischen Parlaments nicht erforderlich und die Verordnung ist am 08.10.2022 in Kraft getreten.

[Pressemitteilung des Rates](#) (in englischer Sprache)

### REPowerEU: Rat erzielt Allgemeine Ausrichtung zur Integration von RePowerEU in die Aufbau- und Resilienzfazilität

Der Rat hat am 04.10.2022 eine Allgemeine Ausrichtung zum Vorschlag für eine Verordnung über das REPowerEU-Kapitel in den Aufbau- und Resilienzplänen erzielt. Der Verordnungsvorschlag ist Teil des von der Kommission am 18.05.2022 vorgelegten REPowerEU-Plans zur Beendigung der Abhängigkeit der EU von Einfuhren fossiler Brennstoffe aus Russland (EB 10/22). Der Allgemeinen Ausrichtung zufolge sollen die zusätzlichen 20 Mrd. € an Finanzmitteln für REPowerEU anstatt aus einer Versteigerung aus der Marktstabilitätsreserve des EU-Emissionshandelssystems (EHS) aus dem Innovationsfonds (75 %) und durch Vorziehung der EHS-Zertifikate (25 %) bezogen werden. Auch soll der Zuweisungsschlüssel durch die Einführung einer Formel, die der Kohäsionspolitik, der Abhängigkeit der Mitgliedstaaten von fossilen Brennstoffen und dem Anstieg der Investitionspreise Rechnung trägt, geändert werden. Sobald das Europäische Parlament (EP) seinen Standpunkt ebenfalls festgelegt hat, können die Trilog-Verhandlungen zwischen Rat, EP und Kommission beginnen.

[Pressemitteilung des Rates](#)

### Hohe Energiepreise: Informelles Treffen der Energieminister

Die für Energie zuständigen Ministerinnen und Minister haben am 12.10.2022 im Rahmen eines informellen Treffens Gespräche zur Bewältigung der Energiekrise geführt. Ziel war es, die für die kommende Woche zu erwartenden Legislativvorschläge der Kommission im Gasbereich klarer zu definieren. Zu den wichtigsten Elementen der Vorschläge sollen eine Plattform für gemeinsame Gaseinkäufe, die Erhöhung der Transparenz des TTF-Preisindex und die Stärkung seiner Widerstandsfähigkeit gegenüber spekulativem Verhalten sowie die Förderung von Energieeinsparungen und Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten gehören. Des Weiteren wurden die Energievorbereitungen für den kommenden Winter erörtert und über die Funktionsweise des europäischen Strommarktes gesprochen.

[Pressemitteilung der tschechischen Ratspräsidentschaft](#) (in englischer Sprache)



### Hohe Energiepreise: Informelle Tagung des Europäischen Rates

Die Staats- und Regierungschefs der EU haben am 07.10.2022 im Rahmen eines informellen Treffens einen Meinungsaustausch über mögliche Wege zur Bewältigung der wichtigsten aktuellen Herausforderungen geführt (siehe weiteren Beitrag unter „Politische Schwerpunkte“ in diesem EB). Neben der Ukraine stellten die Energie und die wirtschaftliche Lage die Hauptthemen dar. So wurden u. a. die Energiepreise und Möglichkeiten zu deren Senkung diskutiert und hier eine breite Unterstützung für gemeinsame Gaseinkäufe im Frühjahr festgestellt. Die Diskussionen sollen auf der formellen Tagung des Europäischen Rates am 20./21.10.2022 fortgesetzt werden.

[Pressemitteilung der tschechischen Ratspräsidentschaft](#) (in englischer Sprache)

### Hohe Energiepreise: Entschließung des Europäischen Parlaments

Das Europäische Parlament (EP) hat am 05.10.2022 eine Entschließung zu den hohen Energiepreisen angenommen. Darin wird bezüglich des im Rahmen der Verordnung über Notfallmaßnahmen vom Rat angenommen Solidaritätsbeitrags aus den Überschüssen des Sektors der fossilen Brennstoffe (siehe weiteren Beitrag in diesem EB) gefordert, dass er so beschaffen sein muss, dass er Steuervermeidung verhindert, und eine angemessene Gewinnspanne ermittelt wird. Darüber hinaus wird die Kommission aufgefordert, eine angemessene Preisobergrenze für Gasimporte über Pipelines, vor allem aus Russland, vorzuschlagen. Auch wird festgestellt, dass die gemeinsame Beschaffung von Gas verbessert werden sollte. Die Unterstützung von Verbrauchern und Unternehmen sollte mit Innovationen und Investitionen in erneuerbare Energie, Energieeffizienz und in die Energieinfrastruktur einhergehen, anstatt Anreize zur Nutzung subventionierter Energie zu setzen. Eine Reform des Strommarkts sollte die Dekarbonisierung anreizen, die Nutzung sicherer, erschwinglicher und sauberer Energie ermöglichen und unverhältnismäßige Gewinne verhindern. Die Kommission sollte prüfen, ob die Strompreise und der Gaspreis entkoppelt werden können, und Maßnahmen zur Eindämmung der Spekulation im Emissionshandel ergreifen. Schließlich sollte mit sofortiger Wirkung ein vollständiges Embargo gegen Einfuhren von Öl, Kohle, Kernbrennstoff und Gas aus Russland verhängt und die Erdgasfernleitungen Nord Stream 1 und 2 vollständig aufgegeben werden.

[Pressemitteilung des EP](#)

### Neue Allianz der Photovoltaik-Industrie

Die Kommission hat am 11.10.2022 einer neuen Allianz der Photovoltaik-Industrie offiziell zugestimmt. Damit kann der Aufruf zur Mitgliedschaft im November veröffentlicht werden. Die Allianz soll die Herstellungstechnologien für Photovoltaik-Produkte verbessern und so den Einsatz von Solarenergie in der EU beschleunigen. Sie ist eine der Initiativen der EU-Solarenergiestrategie, die im Mai 2022 als Teil des REPowerEU-Plans verabschiedet wurde (EB 10/22). Nach ihrer Gründung soll die Allianz Akteure aus u. a. der



**Europabericht der Vertretung des Freistaates Bayern bei der EU**  
**Nr. 16/2022 vom 17.10.2022**



Industrie und Forschung zusammenbringen, einen Aktionsplan für die industrielle Wertschöpfungskette der Solarbranche in Europa erstellen und sich mit der EU und den Mitgliedstaaten zu verschiedenen Themen austauschen.

[Pressemitteilung der Kommission](#)





## STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ

### UMWELT

#### Kommission startet Projektaufruf i.H.v. 50 Mio. € zum Neuen Europäischen Bauhaus

Am 11.10.2022 hat die Kommission einen Projektaufruf i.H.v. 50 Mio. € gestartet, um innovative Projekte in Städten zu fördern und Städte bei der Förderung einer nachhaltigen Stadtentwicklung zu unterstützen. Die Initiative dient der Umsetzung der Werte des Neuen Europäischen Bauhauses, Ästhetik, Nachhaltigkeit und Inklusion. Die Finanzierung wird zu einem großen Teil aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) fließen. Die Projekte sollen zu einem Wandel in den Städten beitragen und im Einklang mit den Grundsätzen des Neuen Europäischen Bauhauses Investitionen generieren können. Sie müssen sich auf bestimmte Themen wie z. B. den Bau und die Renovierung im Sinne der Kreislaufwirtschaft und der CO<sub>2</sub>-Neutralität oder die Sanierung städtischer Räume beziehen. Ein Projekt kann mit bis zu 5 Mio. € gefördert werden. Projektvorschläge können bis Mitte Januar 2023 eingereicht werden (siehe hierzu Beitrag des StMB in diesem EB).

[Pressemitteilung](#)

#### Europäische Bürgerinitiative „Bienen und Bauern retten!“ erreicht erforderliche Unterstützungen

Am 10.10.2022 hat die Europäische Bürgerinitiative „Bienen und Bauern retten! – Auf dem Weg zu einer bienenfreundlichen Landwirtschaft für eine gesunde Umwelt“ über 1 Mio. Unterstützungserklärungen von Bürgerinnen und Bürgern aus der gesamten EU erhalten. Aus Deutschland sind mit 526.501 die meisten Unterstützungsbekundungen abgegeben worden. Neben Deutschland wurden die jeweiligen erforderlichen Schwellenwerte in Belgien, Dänemark, Frankreich, Lettland, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Rumänien, Spanien und Ungarn erzielt. Ziel der Bürgerinitiative ist es, dass die Landwirtschaft in der EU von den Landwirten umweltfreundlich, frei von synthetischen Pflanzenschutzmitteln und im Einklang mit der biologischen Vielfalt betrieben wird. Nach Ansicht der Bürgerinitiative sei der Vorschlag zur Verringerung des Pflanzenschutzmitteleinsatzes, der von der Kommission am 22.06.2022 veröffentlicht wurde ([COM\(2022\) 305 final](#)), nicht ehrgeizig genug. Von der Bürgerinitiative werden weitergehende Maßnahmen gefordert. Der Einsatz von synthetischen Pestiziden soll bis 2030 um 80 % reduziert werden. Bis 2035 sollen die Mitgliedstaaten der EU komplett pestizidfrei sein. Biotopflächen sollen wiederbelebt und landwirtschaftliche Flächen so gestaltet werden, dass sie die Artenvielfalt fördern. Die Landwirtschaft müsse beim notwendigen Übergang zur Agrarökologie unterstützt werden. Kleinteilige, vielfältige und nachhaltige landwirtschaftliche Strukturen sollen unterstützt, der Ökolandbau ausgebaut sowie die Forschung zu pestizid- und gentechnikfreiem Anbau gefördert werden.

In den nächsten Tagen werden die Organisatoren, ein Bündnis aus zivilgesellschaftlichen Organisationen, Imkerei-Verbänden, landwirtschaftlichen Initiativen sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, mit der



Kommission die Initiative umfassend erörtern. Das Europäische Parlament wird demnächst eine öffentliche Anhörung durchführen. Die Kommission hat bis zum 07.04.2023 Zeit, auf die Europäische Bürgerinitiative zu antworten, ob und welche Maßnahmen sie beabsichtigt.

[Pressemitteilung](#)

[Europäische Bürgerinitiative „Bienen und Bauern retten!“](#)

### **Europäische Umweltagentur veröffentlicht Studie zur städtischen Nachhaltigkeit**

Am 10.10.2022 hat die Europäische Umweltagentur (EEA – [European Environment Agency](#)) den Bericht „Städtische Nachhaltigkeit in Europa – Postpandemische Triebkräfte für den ökologischen Wandel“ veröffentlicht. Die Studie zeigt die weitreichenden Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf die europäischen Städte auf und sieht die Chance, den Übergang zur Nachhaltigkeit weiter voranzutreiben und die Auswirkungen des Klimawandels besser zu bekämpfen. Hierfür wurden Umfragen und Interviews mit 64 Städten in ganz Europa durchgeführt. Ziel der Untersuchung ist es, zu verstehen, ob und wie sich die treibenden Kräfte für den ökologischen Wandel zur Nachhaltigkeit in europäischen Städten seit der Covid-19-Pandemie verändert haben. Grundlegende Erkenntnis ist, dass die Pandemie ein stärkeres Bewusstsein für die Bekämpfung sozialer Ungleichheiten geprägt hat. Voraussetzung für eine erfolgreiche Nachhaltigkeitsplanung ist, dass bei jeder Umstellung auf Nachhaltigkeit alle mitgenommen werden. Insbesondere bedarf es passgenauer, auf die einzelnen Städte zugeschnittener Lösungen. Als die sechs größten Umweltherausforderungen werden Luftverschmutzung, Verkehr, Mangel und Verlust von Grünflächen, schwere Stürme und Überschwemmungen, Regenwassermanagement und Lärmbelastigungen identifiziert. Ebenso stehen die Städte vor einer Vielzahl sozioökonomischer Herausforderungen (z. B. Mangel an bezahlbarem Wohnraum, Zersiedelung, soziale Ausgrenzung). Der Bericht ist im Vorfeld der diesjährigen [Europäischen Woche der Regionen und Städte](#) veröffentlicht worden.

[Pressemitteilung](#) (in englischer Sprache)

[Bericht](#) (in englischer Sprache)

### **Konsultation zur Bewertung der EU-Vorschriften über Elektro- und Elektronik-Altgeräte**

Am 06.10.2022 hat die Kommission eine öffentliche Konsultation zur Bewertung der bestehenden Vorschriften über Elektro- und Elektronik-Altgeräte veröffentlicht. Die Richtlinie über Elektro- und Elektronik-Altgeräte (sog. WEEE-Richtlinie; [Richtlinie 2012/19/EU](#)) und die damit zusammenhängenden Vorschriften, wie über eine gemeinsame Methode für die Berechnung des Gewichts von in den einzelnen Mitgliedstaaten in den Verkehr gebrachten Elektro- und Elektronikgeräten ([Durchführungsverordnung \(EU\) 2017/699](#)), das Format für die Registrierung von Herstellern von Elektro- und Elektronikgeräten ([Durchführungsverordnung \(EU\) 2019/290](#)) sowie die entsprechenden Datenformate ([Durchführungsbeschluss \(EU\) 2019/2193](#)), stehen zur Diskussion, um die Wirksamkeit, Effizienz und erreichte Fortschritte zu bewerten. Insbesondere soll untersucht werden, ob die Zielvorgaben für die Sammlung von Elektro- und Elektronik-Altgeräten erreicht wurden, die



ordnungsgemäße Behandlung von Elektro- und Elektronik-Altgeräten gewährleistet ist, die erweiterte Herstellerverantwortung, insbes. bei Online-Verkäufen, Anwendung findet und illegale Tätigkeiten wirksam bekämpft werden können. Mögliche Verbesserungen auch mit Blick für eine Vereinfachung und Verringerung des Verwaltungsaufwands sollen identifiziert werden. Bis zum 03.11.2022 besteht die Möglichkeit für Rückmeldungen. Die Annahme durch die Kommission ist für das dritte Quartal 2023 geplant.

[Konsultation](#)

### **Europäisches Parlament: Illegaler Handel mit Wildtieren muss bis 2025 beendet werden**

Am 05.10.2022 hat das Europäische Parlament (EP) im Rahmen seiner Plenartagung seine Position zu den strategischen Zielen der EU für die 19. Konferenz der Vertragsstaaten des Washingtoner Artenschutzübereinkommens der Vereinten Nationen (Convention on International Trade in Endangered Species of Wild Fauna and Flora - CITES) vom 14.11.2022 - 25.11.2022 in Panama mit 549 Ja-Stimmen zu 28 Nein-Stimmen bei 50 Enthaltungen angenommen.

Das EP fordert, den illegalen Handel mit wildlebenden Tier- und Pflanzenarten bis 2025 zu beenden. Dadurch sollen der weltweite Schutz gefährdeter Arten verbessert und das Risiko von Zoonosen, d. h. von Infektionskrankheiten, die vom Tier auf den Menschen übertragen werden können, verringert werden. Das EP fordert die Vertragsstaaten des CITES-Abkommens zu deutlichen Verbesserungen bei der Durchsetzung und die EU zur Überarbeitung der bestehenden Regelungen zum Handel mit wildlebenden Tieren und Pflanzen auf. Das EP verlangt z. B. abschreckende Strafen bei Verstößen und ein Verbot der Einfuhr von Jagdtrophäen von Tieren, die im CITES-Abkommen aufgeführt sind. Besorgt ist das EP über einen wachsenden Markt für exotische Haustiere. Es appelliert an die EU-Mitgliedstaaten, eine Positivliste von Tieren zu erstellen, die als Haustiere zugelassen sind und deren Handel ihrem Vorkommen in freier Wildbahn und der Artenvielfalt in Europa nicht schadet.

[Pressemitteilung](#) (in englischer Sprache)

[Angenommene Texte](#)

### **Europäisches Parlament bekräftigt das Recht auf sauberes Trinkwasser als Menschenrecht**

Am 05.10.2022 hat das Europäische Parlament (EP) die EntschlieÙung zu dem Zugang zu Wasser als Menschenrecht – die externe Dimension mit 550 Ja-Stimmen zu 22 Nein-Stimmen bei 66 Enthaltungen angenommen. Das EP bekräftigt insbesondere das Recht auf sauberes Trinkwasser und Sanitärversorgung als Menschenrecht, denn der Zugang zu sauberem Trinkwasser ist unabdingbar für ein gesundes und würdiges Leben und von wesentlicher Bedeutung für die Menschenwürde. Das Recht auf Wasser müsse einer Logik des öffentlichen Interesses und den gemeinsamen öffentlichen und globalen Gütern folgen. Wasserversorgung und Abwasserentsorgung sind Dienstleistungen von allgemeinem Interesse und keine Handelswaren. In Anbetracht der Endlichkeit von Wasser werden die Kommission und die Mitgliedstaaten insbesondere aufgefordert,



präventiv gegen eine globale Wasserknappheit vorzugehen und Drittstaaten bei Maßnahmen zur Bekämpfung von Wasserknappheit zu unterstützen. Zudem wird die Kommission aufgefordert, für den Auf- und Ausbau der Kapazitäten im Bereich der Wasserbewirtschaftung eine angemessene finanzielle Unterstützung bereitzustellen und dabei mit vorhandenen internationalen Plattformen und Einrichtungen zusammenzuarbeiten.

#### [Entschließung](#)

#### **Umweltausschuss des Europäischen Parlaments fordert Erhöhung der Klimaziele**

Am 03.10.2022 hat der Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI) des Europäischen Parlaments (EP) eine Resolution zu seinen Forderungen für die Klimakonferenz der Vereinten Nationen mit 66 Ja-Stimmen zu 10 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen. Die 27. UN-Klimakonferenz (COP27), an der auch eine Delegation des EP teilnehmen wird, findet vom 06.11.2022 - 18.11.2022 in Ägypten statt.

Der ENVI fordert alle Staaten dazu auf, ihre Klimaziele für 2030 noch vor der UN-Klimakonferenz zu erhöhen, um die Erderwärmung im Einklang mit dem Pariser Abkommen zu begrenzen. Von der EU und den G20-Staaten fordert der ENVI, dass sie eine Vorreiterrolle übernehmen und sich zu ehrgeizigeren Treibhausgasminderungszielen verpflichten. Er drückt seine Besorgnis darüber aus, dass wichtige Veränderungen auf die Zeit nach 2030 verschoben werden, und bekräftigt, dass noch in diesem Jahrzehnt dringende Maßnahmen umgesetzt werden müssen.

Der Ausschuss betont zudem die Bedeutung der Klimafinanzierung für das Gelingen von Maßnahmen zum Klimaschutz und fordert die EU und alle Industrieländer dazu auf, das Ziel einer jährlichen Klimafinanzierung in Höhe von 100 Mrd. US \$ sicherzustellen.

Das EP wird in seiner Plenarsitzung vom 17.10.2022 - 20.10.2022 über die Resolution abstimmen.

[Pressemitteilung](#) (in englischer Sprache)

#### **EU-Mission zur Anpassung an den Klimawandel: 100 weitere Regionen und Kommunen sind beigetreten**

Am 29.09.2022 hat die Kommission mitgeteilt, dass 100 weitere Regionen und lokale Gebietskörperschaften die Charta der EU-Mission zur Anpassung an den Klimawandel unterzeichnet haben und somit die Ziele des Europäischen Grünen Deals und der EU-Strategie zur Anpassung an den Klimawandel unterstützen. Seit März 2022 sind bereits 215 Kommunen und Regionen aus 24 Mitgliedstaaten der EU-Mission zur Anpassung an den Klimawandel beigetreten. Ziel ist die Vernetzung zwischen den teilnehmenden Gebietskörperschaften, der Erfahrungsaustausch und die gegenseitige Unterstützung bei der Transformation zur Klimaresilienz. Klimarisiken sollen dadurch besser verstanden, die Prävention soll gestärkt und innovative Lösungen für den Aufbau von Resilienzen sollen entwickelt werden. Für Ende 2022 ist eine große Koordinationsveranstaltung



geplant. Grundlage ist die [Mitteilung über EU-Missionen](#) und das [Arbeitsprogramm für Horizont-Europa-Missionen](#), das am 15.12.2021 veröffentlicht wurde.

[Pressemitteilung \(in englischer Sprache\)](#)

[EU-Mission: Anpassung an den Klimawandel \(in englischer Sprache\)](#)

## VERBRAUCHERSCHUTZ

### Konsultation zu Nitrosaminen in Lebensmitteln

Am 12.10.2022 hat die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA – [European Food Safety Authority](#)) eine öffentliche Konsultation zum Entwurf eines Gutachtens über Nitrosaminen in Lebensmitteln gestartet. Nitrosamine sind chemische Verbindungen, die sich in Lebensmitteln (insbes. in gepökeltem Fleisch, verarbeitetem Fisch, Kakao, Bier) durch die Zubereitung und Verarbeitung (insbes. Pökeln, Braten, Räuchern) bilden können. Bestimmte Arten von Nitrosaminen können die DNA schädigen (d. h. sie sind genotoxisch) oder Krebs verursachen (karzinogen). Der Entwurf des Gutachtens der EFSA beinhaltet eine Bewertung der Gesundheitsrisiken von Nitrosaminen. Bis zum 22.11.2022 besteht die Möglichkeit zur Stellungnahme.

[Konsultation](#)

### Konsultation zur Novellierung der EU-Vorschriften für Lebensmittelkontaktmaterialien

Am 05.10.2022 hat die Kommission eine öffentliche Konsultation in Form eines Fragebogens zur Novellierung der europäischen Vorschriften für Lebensmittelkontaktmaterialien veröffentlicht. Alle Materialien und Gegenstände, die dazu bestimmt sind, mit Lebensmitteln in Berührung zu kommen, sind Lebensmittelkontaktmaterialien, wie insbesondere Lebensmittelverpackungen, Küchenutensilien, Geschirr sowie Kühlschränke. Die Vorgaben für Lebensmittelkontaktmaterialien ([Verordnung \(EG\) Nr. 1935/2004](#)) sollen dahingehend geändert werden, dass die Lebensmittelsicherheit verbessert, die Verwendung gefährlicher Chemikalien verringert, die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse und Techniken berücksichtigt und wiederverwendbare und recyclingfähige Lösungen gefördert werden. Die Konsultation richtet sich sowohl an Bürgerinnen und Bürger sowie Interessensträger. Bis zum 11.01.2023 besteht die Möglichkeit zur Stellungnahme. Die Annahme durch die Kommission ist für das zweite Quartal 2023 geplant.

[Konsultation](#)

### Kommission veröffentlicht Eignungsprüfung der EU-Tierschutzvorschriften

Am 04.10.2022 hat die Kommission eine Eignungsprüfung der EU-Tierschutzvorschriften veröffentlicht, in der u. a. die Tiertransportverordnung ([Verordnung \(EG\) Nr. 1/2005](#)) auf ihre Zweckmäßigkeit und Wirksamkeit untersucht wurde. Der Eignungsprüfung zufolge haben die EU-Tierschutzvorschriften das Tierwohl in Europa verbessert. Dies gilt insbesondere für Tiere, zu denen bestimmte Regelungen bestehen (z. B. Kälber,



Masthühner, Legehennen, Schweine). Ebenfalls werden Verbesserungen beim Transport von Tieren und zum Zeitpunkt der Tötung festgestellt. Generell sei das Tierschutzniveau aber noch suboptimal, vor allem in Bezug auf Tiere, die nicht unter spezielle Regelungen fallen. Darüber hinaus sei die Durchsetzung der geltenden Regelungen nicht ausreichend, um das mit den Vorschriften beabsichtigte sowie das von heutigen Bürgern erwartete Tierschutzniveau zu gewährleisten. Große Herausforderungen bestehen demnach noch bei der Einhaltung der Vorschriften zu Tiertransporten speziell bei Transporten über lange Strecken hinweg, dem Transport von jungen oder trächtigen Tieren und bei der Ausfuhr von Tieren. Als weitere Herausforderungen identifiziert die Kommission bestimmte Betäubungsmethoden sowie das routinemäßige Kupieren, d. h. das Kürzen, des Schwanzes bei Schweinen. Kritisiert wird auch das Fehlen verlässlicher Indikatoren für die Überwachung und das Einleiten von Verbesserungen im Tierschutz.

Im Ergebnis hält die Kommission die geltenden EU-Tierschutzvorschriften nicht für vollständig geeignet, um aktuelle und künftige Bedürfnisse und Erwartungen zu erfüllen und mit neuen Entwicklungen Stand zu halten.

[Eignungsprüfung](#)

[Zusammenfassung](#) des Berichts (in englischer Sprache)

### Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit meldet höchste Vogelgrippe-Fallzahlen

Am 03.10.2022 hat die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA – [European Food Safety Authority](#)) ihren Bericht zur Vogelgrippe für den Zeitraum vom Juni bis September 2022 veröffentlicht. Für diese Sommermonate wurden in Europa die bislang höchsten Werte für Fälle der Vogelgrippe (hochpathogene Aviäre Influenza - HPAI) bei Wild- und Hausgeflügel registriert. Insgesamt wurden in 16 europäischen Ländern 788 Nachweise des HPAI-Virus gemeldet (Geflügel: 56; in Gefangenschaft gehaltene Vögel: 22; Wildvögel: 710). Die beispielsweise hohe Zahl von HPAI-Virusnachweisen bei Wildvögeln stellt ein anhaltendes Infektionsrisiko für Hausvögel dar. Der Schwerpunkt von HPAI-Ausbrüchen ist hauptsächlich entlang der Atlantikküste festzustellen. Deutschland, Frankreich, die Niederlande und das Vereinigte Königreich sind betroffen. Die Zahl der infizierten Betriebe war fünfmal höher als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

In der Saison 2021 - 2022 besteht die bisher größte in Europa beobachtete HPAI-Epidemie mit insgesamt 2.467 Ausbrüchen bei Geflügelbetrieben. 47,7 Mio. Vögel mussten in den betroffenen Betrieben gekeult werden. 187 Ausbrüche waren in Gefangenschaft gehaltenen Vögel und bei Wildvögeln wurde HPAI-Virus in 3.573 Fällen nachgewiesen. Auf diese neue epidemiologische Situation empfiehlt die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit die Festlegung und rasche Umsetzung geeigneter und nachhaltiger Strategien zur Eindämmung der HPAI, wie z. B. geeignete Biosicherheitsmaßnahmen und Strategien zur Früherkennung in den verschiedenen Geflügelproduktionsbetrieben. Das Infektionsrisiko für die Bevölkerung wird vom Europäischen Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC – [European Centre for Disease Prevention and Control](#)) als gering eingestuft, wobei berufsbedingt exponierte Personen bis zu einem mittleren Risiko ausgesetzt sind.





[Pressemitteilung](#)

[Bericht](#) (in englischer Sprache)

### **Konsultation zum Richtlinienvorschlag für einen verbesserten Schutz der Arbeitnehmer vor Asbest**

Am 06.10.2022 hat die Kommission eine öffentliche Konsultation zum Vorschlag für eine Novellierung der Richtlinie über den Schutz der Arbeitnehmer gegen Gefährdungen durch Asbest am Arbeitsplatz ([COM\(2022\) 489 final](#)) gestartet. Der Vorschlag wurde als Teil des Maßnahmenpakets für einen verbesserten Schutz vor Asbest und für eine asbestfreie Zukunft bereits am 28.09.2022 veröffentlicht. Mit der Novellierung der Richtlinie über Gefährdungen durch Asbest am Arbeitsplatz ([Richtlinie 2009/148/EG](#)) soll der Arbeitsplatzgrenzwert für Asbest auf ein Zehntel des derzeit geltenden Wertes von 0,1 Fasern pro cm<sup>3</sup> auf 0,01 Fasern pro cm<sup>3</sup> gesenkt werden (bei zeitlich gewichtetem 8-Stunden-Durchschnitt). Bei der Faserzählung soll die Elektronenmikroskopie, wo immer dies möglich ist, eingesetzt werden. Die Verpflichtung der Arbeitgeber, die Exposition der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gegenüber Asbeststaub oder Staub asbesthaltiger Materialien am Arbeitsplatz auf ein Mindestmaß zu reduzieren, soll präzisiert werden. Es soll u. a. gesetzlich klargestellt werden, dass Asbest im Sinne der Richtlinie krebserregend ist und Asbest faserförmige Silikate als krebserregend nach der CLP-Verordnung ([Verordnung \(EG\) 1272/2008](#)) eingestuft werden. Bis zum 01.12.2022 besteht die Möglichkeit zur Stellungnahme zum Vorschlag. Die Rückmeldungen werden von der Kommission zusammengefasst, dem Europäischen Parlament und dem Rat vorgelegt, um in die weitere Gesetzgebung einfließen zu können.

[Konsultation](#)

### **Europäisches Parlament bestätigt politische Einigung für strengere Grenzwerte von persistenten organischen Schadstoffen in Abfällen**

Am 04.10.2022 hat das Europäische Parlament (EP) die am 21.06.2022 zwischen EP, Rat und Kommission erzielte politische Einigung zur Änderung der Anhänge der Verordnung über persistente organische Schadstoffe (sog. POPs – Persistent Organic Pollutants) mit 534 Ja-Stimmen zu 25 Nein-Stimmen bei 66 Enthaltungen angenommen. Mit der Änderung der Verordnung über persistente organische Schadstoffe ([Verordnung \(EU\) 2019/1021](#)) werden neue Chemikalien in die Liste der persistenten organischen Schadstoffe aufgenommen und die Grenzwerte für entsprechende Schadstoffe in Abfällen verschärft (z. B. Dioxine und Furane, Perfluorooctansäure – PFOA, Perfluorhexansulfonsäure, Pentachlorphenol). Persistente organische Schadstoffe sind langlebige organische Chemikalien, die in Abfällen auftreten können und schädliche Auswirkungen auf Menschen, Tiere und die Umwelt aufweisen. Um ihr Vorkommen in Recyclingketten zu unterbinden, dürfen Materialien, in denen die Grenzwerte für POPs überschritten werden, nicht wiederverwertet werden. Die Maßnahmen sollen zum Erreichen einer schadstofffreien Umwelt und einer Kreislaufwirtschaft ohne schädliche Chemikalien beitragen.



Nachdem auch der Rat die politische Einigung formell bestätigt hat, wird die Kommission den Rechtsakt im Amtsblatt der EU veröffentlichen. Sechs Monate nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der EU werden die neuen Vorschriften in Kraft treten.

[Pressemitteilung](#) (in englischer Sprache)

[Angenommene Texte](#)

### **EuGH urteilt zu Ausgleichsanspruch für Fluggäste bei verspätetem Anschlussflug**

Am 06.10.2022 hat der EuGH in der Rechtssache C-436/21 festgestellt, dass Fluggäste auch dann einen Anspruch auf Entschädigung wegen großer Verspätung bei Flügen mit direkten Anschlussflügen nach der Fluggastrechte-Verordnung ([Verordnung \(EG\) Nr. 261/2004](#)) haben können, wenn die Flüge von verschiedenen Luftfahrtunternehmen durchgeführt wurden.

Der EuGH stellt in seinem Urteil klar, dass der Begriff „direkte Anschlussflüge“ so auszulegen ist, dass er zwei oder mehrere Flüge umfasst, die eine Gesamtheit im Sinne einer einzigen Buchung darstellen. Der EuGH zeigt auf, dass die Fluggastrechte-Verordnung keine Regelung enthält, nach der die Luftfahrtunternehmen, die den Flug und die Anschlussflüge durchführen, in einer besonderen rechtlichen Verbindung zueinanderstehen müssen. Eine solche Bedingung würde dem EuGH zufolge auch der Gewährleistung eines hohen Schutzniveaus für Fluggäste entgegenstehen. Bei einer Flugreise, die in einem Mitgliedstaat beginnt und aus mehreren Flügen mit verschiedenen, rechtlich voneinander unabhängigen Fluggesellschaften besteht, liegen direkte Anschlussflüge vor, wenn die Flüge von einem Reisebüro zusammengefasst wurden und dieses für die Flugreise eine Rechnung mit einem Gesamtpreis gestellt und einen einheitlichen Flugschein ausgegeben hat.

Dem Urteil des EuGH lag ein Rechtsstreit vor deutschen Gerichten zugrunde, in dem Ausgleichsansprüche in Höhe von 600 € aufgrund einer vierstündigen Verspätung geltend gemacht wurden. Die Flugreise umfasste drei Flüge mit zwei verschiedenen Fluggesellschaften, die Verspätung entstand auf der letzten Teilstrecke (siehe hierzu auch Beitrag des StMJ in diesem EB).

[Pressemitteilung](#)

[Urteil Rechtssache C-436/21](#)



## STAATSMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN

### Kommission veröffentlicht Bericht über Handelsbilanz des Agrar- und Lebensmittelhandels (6/2022)

Die Kommission hat am 03.10.2022 ihren Bericht über die Handelsbilanz des Agrar- und Lebensmittelhandels für den Monat Juni 2022 veröffentlicht.

Der Wert des EU-Agrar- und Lebensmittelhandels hat im Juni 2022 einen Gesamtwert von rund 34 Mrd. € erreicht (Rückgang um knapp 3 % ggü. Mai 2022 und Anstieg um 24 % ggü. Juni 2021).

Der Überschuss aus dem Agrar- und Ernährungshandel wuchs deutlich und belief sich auf rund 5 Mrd. €, ein Anstieg von 33 % gegenüber dem Vormonat.

Die Exporte stiegen geringfügig auf rund 20 Mrd. € (+1 % gegenüber dem Vormonat), während die Importe auf rund 15 Mrd. € geschätzt wurden, 7 % weniger als im Mai.

Die Exporte in die Ukraine stiegen im Vergleich zum Juni letzten Jahres um 25 % auf 275 Mio. €. Dies war vor allem auf die Exporte von Gemüse und Schweinefleisch zurückzuführen.

Nach der Einführung von Solidaritätskorridoren und der vorübergehenden Liberalisierung des Handels stiegen die Importe aus der Ukraine im Juni. Deutliche Zuwächse wurden bei den Importen von Ölsaaten (+92 Mio. €) und Ölen (+90 Mio. €) verzeichnet. Auch die Einfuhren von Geflügel und Getreide stiegen um 17 Mio. € bzw. 11 Mio. €.

Das Ausfuhrvolumen von Agrar- und Lebensmittelerzeugnissen aus der EU stieg vor allem bei Getreide.

Betrachtet man die tierischen Produkte, so stiegen die Exporte von Rind- und Kalbfleisch, Milchprodukten sowie Schafen und Ziegen, während die Geflügelexporte leicht zurückgingen.

Die Einfuhren gingen bei Getreide und Ölsaaten aber auch bei Obst- und Gemüse deutlich zurück und zwar um 206 Mio. €. Dies war auf eine Verringerung der Importmengen zurückzuführen.

Den deutlichsten Rückgang verzeichneten die Getreideeinfuhren aus Brasilien, um 60 %, und die der Ölsaaten um 31 %.

[Bilanz Agrar-/ Lebensmittelhandel 6/2022](#) (in englischer Sprache)

### Kommission gibt Ausblick auf Agrarmärkte

Die Kommission hat am 05.10.2022 ihren kurzfristigen Ausblick auf die Agrarmärkte veröffentlicht:

Die landwirtschaftliche Erzeugung in der EU ist nach wie vor von den Folgen des russischen Krieges in der Ukraine stark betroffen. Neben der geopolitischen Instabilität verzeichnete die EU einen der heißesten Sommer der Geschichte, der die Sommerkulturen wie Mais, Sojabohnen und Sonnenblumen erheblich beeinträchtigte. Die meteorologischen Bedingungen waren auch für Viehzüchter und Tiere, die unter Hitzestress und weniger



Futter litten, schwierig. Trotz offensichtlich herausfordernder Bedingungen ist der EU-Agrarsektor gut aufgestellt und weitgehend stabil.

Die Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln ist in der EU nicht gefährdet. Darüber hinaus werden die Getreideausfuhren der EU voraussichtlich 51 Mio. t erreichen, was rund 7 % über dem Vorjahr und mehr als 20 % über dem Fünfjahresdurchschnitt liegt. Die EU wird weiterhin ihren Teil zur globalen Ernährungssicherheit beitragen.

Die Verfügbarkeit von Düngemitteln für die kommende Saison ist eine weitere Herausforderung für den Agrarsektor. Weiterhin hohe Preise und eine reduzierte Produktion und Verwendung von Düngemitteln könnte sich auf die Pflanzenproduktion im Jahr 2023 auswirken und auch die Getränke- und Fleischverarbeitungsbranche beeinflussen, die Nebenprodukte des Produktionsprozesses von Düngemitteln verwendet.

Die gesamte Getreideerzeugung in der EU wird voraussichtlich rund 271 Mio. t erreichen. Der stärkste Rückgang betrifft Mais mit rund 56 Mio. t, ein Rückgang von rund 24 % gegenüber dem Vorjahr.

Dank der höheren erwarteten Erträge bei Eiweißpflanzen wird die EU-Erzeugung schätzungsweise auf über 4 Mio. t steigen.

Der Frischobstverbrauch geht zurück, was hauptsächlich auf steigende Preise zurückzuführen ist. Für 2022/2023 wird erwartet, dass der EU-Verbrauch von frischen Äpfeln und Orangen leicht auf 12 kg pro Kopf zurückgehen wird.

Das heiße und trockene Wetter dieses Sommers verursachte nicht nur Hitzestress für die Kühe, sondern führte auch zu einer geringeren Verfügbarkeit und Qualität von Gras. Um dies zu bewältigen, griffen die Landwirte teils bereits auf die Winterfuttermittel zurück bzw. stockten ihre Viehbestände ab. Infolgedessen wird erwartet, dass die jährliche EU-Milchanlieferung um 0,5 % zurückgehen wird.

Tierhalter gehören zu denen, die am stärksten von den Rekordenergie- und Inputkosten betroffen sind. Trotz hoher Erlöse für Rind-, Schweine- und Geflügelfleisch schränken diese schwierigen Bedingungen die Produktion in diesen drei Sektoren ein, weshalb die Erzeugung in 2022 rückläufig sein wird.

[Ausblick der Kommission auf Agrarmärkte](#) (in englischer Sprache)

### Start des EU-GAP-Netzes

Die Kommission hat am 06.10.2022 im Vorgriff auf die neue Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) ab 2023 das sog. „Europäische GAP-Netzwerk“ installiert.

Das EU-GAP-Netzwerk, das aus über 300 Mitgliedern aus Verwaltung, Verbänden und Privatpersonen zählt, zielt darauf ab, den Informationsfluss über die Landwirtschaft und die Politik für den ländlichen Raum innerhalb der EU zu optimieren, die Umsetzung und Bewertung der GAP-Strategiepläne zu unterstützen und die Innovation des Sektors zu fördern.



Die beiden bestehenden Netzwerke - das Europäische Netzwerk für die Entwicklung des ländlichen Raums, einschließlich seines Evaluierungsteils, und die Europäische Innovationspartnerschaft für die Landwirtschaft (EIP-AGRI) - sind zum neuen EU-GAP-Netzwerk verschmolzen.

Das EU-GAP-Netzwerk wird unter anderem thematische Gruppensitzungen und Workshops zum Kapazitätsaufbau sowie größere Seminare für ein breites Publikum organisieren. Sie wird Fakten und Zahlen zur Programmplanung und Durchführung der GAP liefern und monatlich einen Newsletter mit relevanten Informationen über die GAP verteilen. Ein Evaluierungs-Helpdesk wird den Interessenträgern des EU-GAP-Netzwerks auch helfen, besser zu verstehen, wie die Leistung der GAP bewertet werden kann und wie sie in Zukunft verbessert werden könnte.

[Pressemitteilung](#) (in englischer Sprache)

[EU-GAP-Netzwerk](#)

### **Europäisches Parlament: Aussprache zur Notwendigkeit einer EU-Strategie für Düngemittel**

Im Plenum des Europäischen Parlamentes (EP) fand am 06.10.2022 eine Aussprache zur Notwendigkeit einer EU-Strategie für Düngemittel zur Gewährleistung der Ernährungssicherheit in Europa statt.

Agrarkommissar *Wojciechowski* verwies darauf, dass die Düngerpreise in der EU von September 2021 bis September 2022 um 149 % gestiegen seien. Wegen der hohen Erdgaspreise habe die Düngerindustrie in der EU die Produktion von Stickstoffdünger teilweise eingestellt oder um bis zu 70 % reduziert.

Dass es bisher nicht zu Versorgungsengpässen gekommen sei, führte er auf eine um 20 % verringerte Nachfrage der Landwirte nach Mineraldünger und höhere Einfuhren aus anderen Exportländern als Russland zurück.

Der Agrarkommissar hat für Ende dieses Monats eine Mitteilung zur Düngemittelversorgung angekündigt.

Er setzt auf eine stabile Düngerproduktion in der EU, aber auch auf eine Kreislaufwirtschaft und eine optimierte Präzisionslandwirtschaft, die insgesamt mit weniger Nährstoffen auskommt.

*Wojciechowski* wies darauf hin, dass die Kommission die Aufhebung bestimmter Einfuhrzölle vorgeschlagen habe. Die Abschaffung aller Antidumping-Maßnahmen sieht er allerdings kritisch, weil dadurch langfristig die europäische Düngemittelindustrie gefährdet werden könnte.

Mehrere Abgeordnete vertraten die Auffassung, dass der Kreislauf der Nährstoffe durch eine bessere Verteilung der Tierbestände gestärkt werden sollte. Während die Viehbestände in einigen Regionen Europas und damit auch deren organischer Dünger konzentriert seien, sei die Nutztierhaltung in anderen Regionen geradezu „ausgestorben“. Die Politik der „Tierreduzierung“ müsse ein Ende haben.

Der Blick sei auch auf die negativen Auswirkungen, die von mineralischen Düngemitteln auf das Klima und die Biodiversität ausgehen, zu richten. Das Modell der konventionellen Agrarproduktion und ihrer Abhängigkeit von fossilen Energieträgern sei sehr verwundbar.



### [Videoaufzeichnung Plenarsitzung](#)

#### **Europäisches Parlament nimmt Trilog zur Agrarstatistik an**

Das Europäische Parlament (EP) hat am 04.10.2022 die Anfang Juni erzielte Trilog-Einigung zur Novellierung der Verordnung über die Statistik der landwirtschaftlichen Inputs und Outputs (SAIO) mit 555 Stimmen, bei 42 Gegenstimmen und 23 Enthaltungen, angenommen.

Die Verordnung wird 20 Tage nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der EU in Kraft treten und soll ab dem 01.01.2025 gelten.

Konkret soll ab dem Jahr 2028 die entsprechende Datenerhebung jährlich erfolgen und ab 2030 auch veröffentlicht werden. Erste Datensammlungen sollen aber bereits ab 2026 erfolgen.

Im Weiteren sollen die in Verkehr gebrachten und bei landwirtschaftlichen Tätigkeiten verwendeten Wirkstoffe nach repräsentativen Kulturen und behandelten Flächen aufgelistet und jährlich veröffentlicht werden. Die Methodik dazu soll während des Übergangszeitraums ab 2026 entwickelt werden.

In Bezug auf den ökologischen Landbau hatte man sich darauf verständigt, dass die verfügbaren Statistiken und Datensätze mit denen des konventionellen Landbaus weitgehend kohärent sein sollen.

Die SAIO-Verordnung ist Teil der Modernisierung der europäischen Agrarstatistik, die Stück um Stück digitalisiert. Die Anpassung der Statistiken – insbesondere hinsichtlich der von der Landwirtschaft genutzten Betriebsmittel – soll dazu beitragen, die Kenntnisse über die landwirtschaftlichen Praktiken und die Agrarproduktion im Hinblick auf die Gemeinsame Agrarpolitik, den Green Deal und die darin enthaltene Farm to Fork-Strategie zu verbessern.

#### **Kommission veröffentlicht Konsultation zu Durchführungsverordnung über Aufzeichnungspflicht von Pflanzenschutzmitteln**

Die Kommission hat am 06.10.2022 eine Konsultation zu einer Durchführungsverordnung veröffentlicht, die die Aufzeichnungspflicht für berufliche Verwender von Pflanzenschutzmitteln regeln soll.

Gemäß den EU-Vorschriften über Pflanzenschutzmittel (Verordnung (EG) Nr. 1107/2009) führen berufliche Verwender Aufzeichnungen über Pflanzenschutzmittel, in denen Folgendes vermerkt ist:

die Bezeichnung des Pflanzenschutzmittels, der Zeitpunkt der Verwendung, die verwendete Menge, die behandelte Fläche und die Kulturpflanze, für die das Pflanzenschutzmittel verwendet wurde.

Im Rahmen dieser Initiative wird festgelegt, wie diese Informationen aufzuzeichnen sind und dass die Aufzeichnungen in elektronischer Form geführt werden.

Rückmeldungen sind möglich bis 03.11.2022.



Die Annahme durch die Kommission ist für das erste Quartal 2023 geplant.

[Konsultation](#)

### **Europäische Bürgerinitiative „Bienen und Bauern retten!“ erreicht erforderliche Unterstützungen**

Die Bürgerinitiative „Bienen und Bauern retten! Eine bienenfreundliche Landwirtschaft für eine gesunde Umwelt“ hat die Schwelle von einer Mio. Unterstützungsbekundungen von EU-Bürgern erhalten, wobei mehr als die Hälfte der Unterschriften aus Deutschland stammt.

Sie verfolgt das Ziel, synthetische Pflanzenschutzmittel bis 2035 komplett zu verbieten, die biologische Vielfalt wiederherzustellen und die Landwirte bei diesem Übergang zu unterstützen.

Die Kommission wird sich in den nächsten Wochen mit den Organisatoren treffen, um die Initiative im Detail zu besprechen. Anschließend wird das Europäische Parlament eine öffentliche Anhörung organisieren.

Die Kommission hat bis zum 07.04.2023 Zeit, ihre offizielle Antwort vorzulegen, in der sie darlegt, welche Maßnahmen sie zu ergreifen gedenkt: ob sie Rechtsvorschriften vorschlagen, andere nicht-legislative Maßnahmen ergreifen oder gar nicht tätig werden will (siehe hierzu Beitrag des StMUV in diesem EB).

[Pressemitteilung](#)

[Europäische Bürgerinitiative „Bauern und Bienen retten“](#)

### **Kommission möchte rescEU-Flotte verstärken**

Die Kommission schlug am 05.10.2022 vor, 170 Mio. € aus dem EU-Haushalt für die Verstärkung der rescEU-Flotte am Boden und aus der Luft zur Waldbrandbekämpfung ab Sommer 2023 bereitzustellen.

Die rescEU-Übergangsflotte würde damit über insgesamt 22 Flugzeuge und 4 Hubschrauber sowie über mehr vorbereitete Bodenteams verfügen. Ab 2025 soll die Flotte durch eine beschleunigte Beschaffung von Flugzeugen und Hubschraubern weiter verstärkt werden.

Die Waldbrände in der EU nehmen an Umfang, Häufigkeit und Intensität zu. Bis zum 01.10.2022 zeigen die Daten für 2022 einen Anstieg der verbrannten Fläche um 30 % im Vergleich zum vorhergehenden schlimmsten Jahr (2017) und einen Anstieg um mehr als 170 % gegenüber der durchschnittlichen verbrannten Fläche seit Beginn der Aufzeichnungen auf EU-Ebene im Jahr 2006.

[Pressemitteilung](#)





## STAATSMINISTERIUM FÜR FAMILIE, ARBEIT UND SOZIALES

### **Kommission präsentiert Vorschlag für ein „Europäisches Jahr der Kompetenzen 2023“**

Am 12.10.2022 hat die Kommission ihren Vorschlag für eine Entscheidung des Europäischen Parlaments (EP) und des Rats zu einem „Europäischen Jahr der Kompetenzen 2023“ vorgelegt (siehe hierzu Beiträge des StMUK und StMWK in diesem EB). Übergeordnetes Ziel des Aktionsjahrs soll eine Stärkung der Weiterbildungsmentalität in der EU sein. Um die europäischen Unternehmen im digitalen und grünen Wandel wettbewerbsfähig zu halten und den Fachkräftemangel zu beheben, sollen zudem Investitionen in die Aus- und Weiterbildung verstärkt, Kompetenzen besser auf die Bedarfe des Arbeitsmarkts abgestimmt und Drittstaatsangehörige mit den in der EU benötigten Fähigkeiten angeworben werden. Als Maßnahmen zur Verwirklichung dieser Ziele nennt die Kommission unter anderem die stärkere Bewerbung von bestehenden EU-Initiativen und EU-Fördermöglichkeiten oder die Organisation von Veranstaltungen und Sensibilisierungskampagnen. Das vorgeschlagene Aktionsjahr soll zudem dazu beitragen, Instrumente zur Kompetenzerfassung einzuführen oder weiterzuentwickeln sowie die Transparenz von Qualifikationen zu fördern (auch zur Erleichterung der Anerkennung ausländischer Qualifikationen).

Für die Koordinierung der Tätigkeiten auf nationaler Ebene fordert die Kommission die Mitgliedstaaten auf, einen nationalen Koordinator für das Europäische Jahr der Kompetenzen zu benennen. Das EP und der Rat werden den Vorschlag der Kommission nun schnell erörtern, da die Institutionen sich noch im laufenden Jahr auf einen Kompromisstext einigen müssen.

[Pressemitteilung der Kommission mit Verknüpfung zum Kommissionsvorschlag](#)

### **Pilotprojekt: Kommission öffnet Talentpool für ukrainische Flüchtlinge**

Die Kommission hat am 10.10.2022 ein neues Online-Instrument zur Arbeitsplatzsuche für ukrainische Flüchtlinge vorgestellt. Personen, die vorübergehenden Schutz genießen, können sich im Rahmen eines Pilotprojekts beim sogenannten EU-Talentpool registrieren. Wer dort einen Lebenslauf hochlädt, dessen Profil kann nach Angaben der Kommission von mehr als 4.000 Arbeitgebern, den öffentlichen Arbeitsverwaltungen und privaten Arbeitsvermittlern eingesehen werden. Der EU-Talentpool ist auf Englisch, Ukrainisch und Russisch verfügbar und wird über das von der Europäischen Arbeitsbehörde (ELA) verwaltete EURES-Portal umgesetzt. Wie in dem Kommissionspaket „Legale Migration - Kompetenzen und Talente“ Ende April 2022 angekündigt, soll das heute gestartete Pilotprojekt in einen umfassenden EU-Talentpool münden, welcher Staatsangehörige aus Nicht-EU-Ländern mit europäischen Arbeitgebern zusammenbringt. Für die Mitgliedstaaten ist die Teilnahme am Pilotprojekt freiwillig. Deutschland nimmt einer Karte auf der Landing-Page des Talentpools zufolge (noch) nicht am Pilotprojekt teil.

[Talentpool](#) (in englischer Sprache)

[Pressemitteilung](#)



### Jugendaktionsplan für auswärtiges Handeln: EU will weltweit Teilhabe junger Menschen fördern

Mit einem EU-Jugendaktionsplan für auswärtiges Handeln will die EU junge Menschen weltweit als politische Verbündete bei der Umsetzung von Nachhaltigkeitszielen gewinnen. In einer am 05.10.2022 veröffentlichten Mitteilung setzen Kommission und der Hohe Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik, *Josep Borrell*, einen politischen Rahmen für den Zeitraum 2022 - 2027. Der EU-Jugendaktionsplan umfasst dabei drei grundsätzliche thematische Säulen (Beteiligung, Befähigung und Begegnung) und enthält bereits konkrete Initiativen: So soll bei der Initiative „Jugend und Frauen in der Demokratie“ mit über 40 Mio. € die Mitsprache junger Menschen gefördert werden, indem Basisorganisationen und junge Aktivisten unterstützt werden. Der Youth Empowerment Fund umfasst 10 Mio. €, wobei der Schwerpunkt hier auf der lokalen Umsetzung der UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung liegen soll. Die Jugendakademie Afrika-Europa soll über 50 Mio. € für formale und nichtformale Lernmöglichkeiten und Austauschprogramme bereitstellen.

[Pressemitteilung](#)

[Gemeinsame Mitteilung: Youth Action Plan \(YAP\) in EU external action 2022 – 2027](#) (in englischer Sprache)

### Rat gibt grünes Licht für die Richtlinie über angemessene Mindestlöhne in der EU

Der Rat hat am 04.10.2022 den mit dem Europäischen Parlament gefundenen Kompromiss zur Richtlinie über angemessene Mindestlöhne in der EU final angenommen. „In Zeiten, in denen die Menschen aufgrund der Energiekrise mit jedem Cent rechnen müssen, setzt dieser Rechtsakt ein Signal der Hoffnung“, erklärte der tschechische Sozialminister laut einer Pressemitteilung. Mit der Richtlinie werden Verfahren für die Angemessenheit gesetzlicher Mindestlöhne festgelegt, sollen Tarifverhandlungen für die Lohnfestsetzung gefördert und der effektive Zugang zum Mindestlohnschutz für diejenigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verbessert werden, die nach nationalem Recht Anspruch auf einen Mindestlohn haben. Die Richtlinie wird am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt in Kraft treten. Die Mitgliedstaaten haben zwei Jahre Zeit, um die Richtlinie in nationales Recht umzusetzen.

[Pressemitteilung](#)

### EuGH urteilt zu Regel, die das Tragen religiöser, weltanschaulicher oder spiritueller Zeichen verbietet

Der EuGH hat in einem am 13.10.2022 veröffentlichten Urteil seine Rechtsprechung zu „Kopftuchverboten“ weitergeführt (Rechtssache C-344/20). Das Vorabentscheidungsersuchen eines belgischen Arbeitsgerichts beantwortet der EuGH auch in Anknüpfung an Urteile bezüglich deutscher Verfahren vom vergangenen Jahr (WABE und MH Müller Handel, C-804/18 und C-341/19). Unter anderem stellt der EuGH klar, dass Art. 1 der Gleichbehandlungsrahmenrichtlinie (2000/78/EG) dahin auszulegen ist, dass die darin enthaltenen Begriffe „Religion oder ... Weltanschauung“ einen einzigen Diskriminierungsgrund darstellen.

[Pressemitteilung](#)



### Deep-Tech-Initiative will eine Million Talente qualifizieren

Das Europäische Innovations- und Technologieinstitut (EIT) hat am 11.10.2022 die sogenannte *Deep-Tech-Talent-Initiative* gestartet. Im Rahmen der Neuen Europäischen Innovationsagenda sollen mit dem Programm in den nächsten drei Jahren 1 Mio. Menschen bezüglich neuester Innovationen qualifiziert werden (z. B. im Bereich künstliche Intelligenz, Blockchain, Robotik, Quantencomputer, Cleantech). Als Europas größtes Innovationsökosystem sei das EIT am besten in der Lage, sein Netzwerk von über 3.400 Partnern und über 70 Zentren in ganz Europa zu mobilisieren, um hochmoderne Ausbildungsprogramme zu entwickeln, heißt es in einer Mitteilung. Die Programme sollen europäischen Talenten aller Bildungsstufen offenstehen, Unternehmen sowie Anbietern von allgemeiner und beruflicher Bildung. Das EIT ruft Stakeholder auf, sich am Kompetenzprogramm zu beteiligen, zum Beispiel durch die Bereitstellung von Schulungen, die Entwicklung von Programminhalten, finanzielle Unterstützung oder Öffentlichkeitsarbeit.

[Pressemitteilung](#)

[Programmseite](#) (in englischer Sprache)

### Herbstrunde von DiscoverEU gestartet: 35.000 junge Menschen erhalten einen Travel-Pass

Jugendliche aus Ländern, die am Programm Erasmus+ teilnehmen, können sich im Rahmen des Programms DiscoverEU noch bis zum 25.10.2022 um 12:00 Uhr um einen von 35.000 Travel-Pässen bewerben. Hierfür müssen sie sich auf dem Europäischen Jugendportal anmelden und fünf Quizfragen sowie eine Stichfrage beantworten. Wer zwischen dem 01.01.2004 - 31.12.2004 geboren ist und beim Auswahlquiz erfolgreich war, kann zwischen dem 01.03.2023 – 29.02.2024 maximal 30 Tage durch Europa reisen. EU-Jugendkommissarin *Mariya Gabriel* sagte zum Start der neuen Auswahlrunde: „Wir müssen auf die jüngeren Generationen zugehen und ihnen die Gelegenheit geben, ihren Horizont zu erweitern, damit sie eine stärker vernetzte und tolerantere Welt aufbauen können.“

[Pressemitteilung](#)

[DiscoverEU-Portal](#)

### Bekämpfung von Armut und Diskriminierung der ethnischen Minderheit der Roma

Das Europäische Parlament (EP) hat am 04.10.2022 im Plenum die desolate Lage von Roma-Gemeinschaften in der EU debattiert. Nach der Aussprache nahmen die Abgeordneten eine Resolution mit Empfehlungen an. Darin adressiert das EP unter anderem die prekären Lebensumstände in den Roma-Siedlungen, die Langzeitarbeitslosigkeit, den unzureichenden Zugang zur Justiz und die mangelnde Gesundheitsversorgung. Zur Beseitigung der Probleme fordert das Parlament kurz- und langfristige Maßnahmen, die unter anderem durch Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+), dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und den nationalen Aufbau- und Resilienzplänen finanziert werden sollen.



[Pressemitteilung](#) (in englischer Sprache)

### **EU-Bürger sind sich einig, dass ein gerechter ökologischer Übergang entscheidend ist**

Laut einer aktuellen Eurobarometer-Umfrage zum Thema „Wahrnehmungen zur Gerechtigkeit des ökologischen Übergangs“ geben 88 % der Befragten an, dass der ökologische Übergang niemanden zurücklassen solle. Gleichzeitig sind derzeit nur 46 % der Europäer zuversichtlich, dass bis 2050 nachhaltige Energie, Produkte und Dienstleistungen für alle, auch für ärmere Menschen, erschwinglich sein werden. Die Hälfte der Europäer ist der Meinung, dass die EU genug tut, um einen fairen Übergang zu gewährleisten, 50 % sagen dies auch über ihre regionalen oder lokalen Behörden, 47 % über ihre nationale Regierung. Nur noch 43 % sind der Meinung, dass der Unternehmenssektor genug tut.

[Bericht](#) (in englischer Sprache)

### **Bericht über die Auswirkungen der Pandemie auf die psychische Gesundheit junger Menschen**

Das Youth Wiki-Netzwerk der Kommission hat einen Bericht veröffentlicht, welcher die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die psychische Gesundheit junger Menschen untersucht. Der Bericht identifiziert Hauptfaktoren, die sich während der Pandemie auf die psychische Gesundheit der Jugendlichen ausgewirkt haben. Außerdem enthält er Beispiele für bewährte Verfahren zur Förderung der psychischen Gesundheit junger Menschen sowie Anregungen für die künftige Politikgestaltung in diesem Bereich.

[Bericht](#) (in englischer Sprache)

### **Kommission unterstützt die Mitgliedstaaten bei der Förderung der Geschlechtergleichstellung**

Die Kommission hat ein durch das Instrument für technische Unterstützung (TSI) finanziertes Projekt für nationale und regionale Verwaltungen gestartet, welches bei der Umsetzung von Maßnahmen gegen geschlechtsspezifische Diskriminierung unterstützen soll. Hierfür werden Workshops, Konferenzen, Schulungen und Studienbesuche angeboten, damit die Teilnehmer aus den öffentlichen Verwaltungen Gesetze so planen, dass Bürgerinnen und Bürger weder direkt noch indirekt aufgrund ihres Geschlechts ausgeschlossen werden. Unter anderem wird es Empfehlungen zum so genannten „Gender-Budgeting“ hervorbringen, also Strukturierung von Ausgaben und Steuern in einer Weise, die die Gleichstellung der Geschlechter fördert. An dem Projekt, welches bis Dezember 2024 läuft, werden neun nationale und regionale Verwaltungen aus sieben Mitgliedstaaten, darunter Deutschland, teilnehmen, die einen Antrag auf Unterstützung gestellt haben.

[Pressemitteilung](#)



## STAATSMINISTERIUM FÜR GESUNDHEIT UND PFLEGE

### Welttag für psychische Gesundheit: Erklärung von Kommissarin *Stella Kyriakides*

Anlässlich des „Welttags für psychische Gesundheit“ am 10.10.2022 gab *Stella Kyriakides*, Kommissarin für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, folgende Erklärung ab: „In der EU waren bereits vor der COVID-19-Pandemie über 85 Mio. EU-Bürger von psychischen Problemen betroffen. Die Pandemie hat diese Probleme noch verschärft, vor allem bei jungen Menschen, bei Menschen mit unsicheren Arbeitsplätzen oder geringerer Bildung und niedrigerem Einkommen. Wir stellen fest, dass Angstzustände, Einsamkeit und Depressionen erheblich zugenommen haben. Wie Präsidentin *von der Leyen* letzten Monat ankündigte, werden wir die EU zu einem umfassenderen Ansatz für die psychische Gesundheit führen, der für die Menschen einen Unterschied macht und auf unserer laufenden Arbeit aufbaut. Wir arbeiten bereits daran, die europäischen Gesellschaften dabei zu unterstützen, sich besser um die psychische Gesundheit zu kümmern. Wir haben 27 Mio. € für Maßnahmen im Bereich der psychischen Gesundheit bereitgestellt und eine neue Initiative „Gesünder zusammen“ („Healthier Together“) ins Leben gerufen, um die psychische Gesundheit und neurologische Erkrankungen zu bekämpfen“.

[World Mental Health Day: Mental health is a health emergency \(europa.eu\)](#) (in englischer Sprache)

### Gesundheitsunion: EU soll Gesundheitskrisen besser in den Griff bekommen

Das Europäische Parlament hat am 04.10.2022 der Erweiterung des Aufgabenbereichs des Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) sowie einem Maßnahmenpaket zum Umgang mit grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren zugestimmt. Zuvor war hierzu bereits jeweils eine Einigung mit dem Rat erzielt worden. Künftig kann die ECDC bei Gesundheitsgefahren die Datenerhebung zu den Krankheiten zentral koordinieren und entsprechende Analysen liefern sowie die nationalen Gesundheitssysteme beobachten, um Bedarfe zu erkennen und wissenschaftlich fundierte Empfehlungen für Verbesserungen auszusprechen. Nach dem Maßnahmenpaket zum Umgang mit grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren kann die Kommission einen EU-weiten Gesundheitsnotstand feststellen und zielgerichtete Gegenmaßnahmen ergreifen, wie etwa die gemeinsame Beschaffung von medizinischen Produkten und Arzneimitteln. Damit die Maßnahmen in Kraft treten, muss der Rat noch seine förmliche Zustimmung erteilen. Anschließend erfolgt die Veröffentlichung im EU-Amtsblatt.

[Gesundheitsunion: EU soll Gesundheitskrisen besser in den Griff bekommen | Aktuelles | Europäisches Parlament \(europa.eu\)](#)

### GD SANTE mit neuer Struktur

Die Generaldirektion für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (GD SANTE) der Kommission hat ihre Struktur angepasst und damit auf die aktuellen Herausforderungen der letzten Jahre reagiert. Künftig soll in jedem



Bereich der Generaldirektion ein Bezug zum Grünen Deal und der Gesundheitsunion hergestellt werden. Gleichzeitig wird eine neue Direktion gegründet, die den Namen „One Health“ / „Eine Gesundheit“ trägt und sich mit dem Schwerpunkt der Antibiotikaresistenzen befassen soll. Insgesamt möchte die GD SANTE mit der neuen Struktur der Vielzahl an Themen und Vorhaben aus ihrem Zuständigkeitsbereich besser gerecht werden und sich durch eine Reduzierung der unterstützenden Verwaltungsstruktur noch mehr auf die inhaltliche Arbeit fokussieren. Mit der Umsetzung der neuen Struktur wird ab dem 01.10.2022 begonnen.

[SANTE - Rundumerneuerung im Dienste der Bürgerinnen und Bürger – die GD SANTE geht mit der Zeit \(europa.eu\)](#)

### **Weltherztag: Erklärung von Kommissarin *Stella Kyriakides***

Anlässlich des Weltherztags am 29.09.2022 gab die Kommissarin für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, *Stella Kyriakides*, folgende Erklärung ab: „Jedes Jahr gibt es in der EU mehr als 6 Mio. neue derartige Fälle, und über 1,8 Mio. Menschen sterben an Herzerkrankungen. Schon vor der Pandemie waren Herz-Kreislauf-Erkrankungen die häufigste Todesursache sowohl in der EU als auch weltweit. Anfang dieses Jahres haben wir einen wichtigen Schritt unternommen, [...] indem wir unsere neue Initiative „Healthier Together“ gestartet haben. Im Rahmen dieser Initiative unterstützen wir Maßnahmen zur Verbesserung der Gesundheit und des Wohlbefindens der Bürger, wobei im Rahmen des EU4Health-Programms über 150 Mio. € zur Verfügung stehen, um insbesondere die Prävention von Herz-Kreislauf-Erkrankungen, die Verbesserung der Herzgesundheit, die Behandlung von Diabetes und Gesundheitsdeterminanten im Allgemeinen zu verbessern.“

[Pressemitteilung](#)

### **World Health Summit: 16.10.2022 – 18.10.2022 in Berlin**

Auf dem World Health Summit kommen Wissenschaft, Politik, Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft zu Gesprächen, verstärkter Zusammenarbeit und neuen Lösungen zusammen. EU-Gesundheitskommissarin *Stella Kyriakides* spricht zum Thema „Der europäische Plan zur Krebsbekämpfung: Katalysator für Forschung und Innovation für bessere Ergebnisse weltweit“. *Sandra Gallina*, Generaldirektorin für Gesundheit und Nahrungsmittelsicherheit der Kommission, hält eine Eröffnungsrede. Am Montag, 17.10.2022, spricht sie außerdem zum Thema „Spielveränderer: Architektur für die Pandemievorbereitung“. Am Dienstag, 18.10.2022, spricht *Pierre Delsaux*, Generaldirektor von HERA, zum Thema „Auf dem Weg zur 100-Tage-Mission für eine bessere Pandemievorbereitung“.

[World Health Summit](#)





## STAATSMINISTERIUM FÜR DIGITALES

---

### Leibniz-Rechenzentrum in Garching einer von sechs europäischen Quantencomputern

Das Europäische Gemeinsame Unternehmen für Hochleistungsrechnen (EuroHPC JU) hat am 04.10.2022 die zukünftigen Standorte für sechs Quantencomputer in der EU bekannt gegeben (siehe auch Beitrag des StMWK in diesem EB). In Deutschland wurde für die Förderung das Leibniz Supercomputing Centre in Garching bei München ausgewählt. Das EuroHPC JU ist eine Initiative der EU, europäischer Staaten und privaten Partnern, die geschaffen wurde, um die Förderung der Entwicklung von Supercomputern in Europa zu poolen und zu koordinieren. Die geplanten Gesamtinvestitionen belaufen sich auf über 100 Mio. €, die zur Hälfte aus dem Programm „Digitales Europa“ und zur anderen Hälfte von den 17 am EuroHPC JU beteiligten Ländern aufgebracht werden. Forscherinnen und Forscher sowie die Industrie sollen unabhängig von ihrem Standort in Europa Zugang zu diesen sechs Quantencomputern haben.

[Pressemeldung des EuroHPC JU](#) vom 04.10.2022 (in englischer Sprache)

### Einheitliche Ladegeräte für Mobiltelefone und Tablets: Europäisches Parlament nimmt politische Einigung formell an

Am 04.10.2022 hat das Europäische Parlament (EP) mit großer Mehrheit die politische Einigung zur neuen Richtlinie für einheitliche Ladegeräte für Mobiltelefone und Tablets bestätigt (siehe auch Beitrag des StMWi in diesem EB). Die neuen Vorschriften betreffen eine breite Palette von tragbaren Geräten, darunter Mobiltelefone, Tablets, Digitalkameras, Kopfhörer, Videospielekonsolen, Lautsprecher, E-Reader, Tastaturen, Mäuse und Laptops mit einer Leistungsabgabe von bis zu 100 Watt. Hersteller müssen neue Geräte bis Ende 2024 mit einer USB-C-Lademöglichkeit ausstatten. Bezüglich Laptops gilt dies bis Frühjahr 2026. Dadurch, dass künftig ein einziges Ladegerät für eine Vielzahl von elektronischen Geräten reicht, soll Elektroschrott abgebaut und nachhaltiger Konsum angeregt werden. Zu kabellosem Laden soll die Kommission bis Ende 2024 die Interoperabilitätsanforderungen vereinheitlichen. In einem nächsten Schritt muss der Rat formell zustimmen.

[Pressemitteilung des EP](#) vom 04.10.2022

### Rat verabschiedet final das Gesetz über digitale Dienste

Am 04.10.2022 hat der Rat in der Formation der Wirtschafts- und Finanzministerinnen und -minister einstimmig seine endgültige Zustimmung zum Gesetz über digitale Dienste (Digital Services Act, DSA) gegeben. Vertreter des Europäischen Parlaments und des Rates werden das Gesetz am 29.10.2022 unterzeichnen. Im Anschluss kann der DSA im Amtsblatt veröffentlicht werden und tritt 20 Tage danach in Kraft. Der DSA schafft EU-weit einheitliche Regeln zur Bekämpfung von Illegalem, Hassrede und Desinformation im Internet und verpflichtet sehr große Plattformen und Suchmaschinen zu erweiterter Transparenz u. a. über ihre Empfehlungsalgorithmen und den Umgang mit Nutzerbeschwerden. Als Verordnung wird der DSA in der





gesamten EU unmittelbar anwendbar sein und 15 Monate nach Inkrafttreten oder ab dem 01.01.2024 gelten, je nachdem, was später eintritt. Die Verpflichtungen für sehr große Online-Plattformen und sehr große Online-Suchmaschinen werden bereits vier Monate nach deren Benennung als sehr große Online-Plattformen oder Online-Suchmaschinen im Sinne des DSA durch die Kommission gelten.

[Pressemitteilung des Rates](#) vom 04.10.2022

### Zehnte EU Code Week gestartet

In diesem Jahr feiert die EU Code Week ihr zehnjähriges Bestehen. 2013 waren 300 Veranstaltungen zur EU Code Week angemeldet, 2022 waren es bereits 78.000. Die diesjährige Code Week findet vom 08.10.2022 - 23.10.2022 statt. Sie wird von Freiwilligen als europaweite Breiteninitiative veranstaltet, um Programmieren bekannter und zugänglicher zu machen. Sie soll zur Verwirklichung des Ziels der „Digitalen Dekade“ beitragen, wonach 80 % der EU-Bevölkerung bis 2030 zumindest über digitale Grundkenntnisse verfügen sollen.

[Webseite der Code Week Deutschland](#)

[Webseite der EU Code Week](#)

[Pressemitteilung der Kommission vom 05.10.2022](#) (in englischer Sprache)